



Griechenland

Seit 2010 steckt Griechenland in einer tiefen Finanzkrise. Wie sich das Land aus dieser Not befreien kann, darüber schreibt Rudolf Hickel auf Seite 3.



Mindestlohn

Seit Anfang des Jahres gilt der gesetzliche Mindestlohn. Viele Betriebe versuchen sich mit Tricks davor zu drücken. Kontrollen müssen her. Seite 5



Willkommenskultur

In den letzten Monaten wird viel über die Angst vor dem Fremden diskutiert. Einwanderung kann eine große Bereicherung für uns sein. Mehr auf Seite 17.

■ Seite 4-7: **Mindestlohn** ■ Seite 9-16: **Infos aus der Region** ■ Seite 12+13: **Der 1. Mai in der Region** ■ Seite 24: **Mairätsel**

Die Zukunft der Arbeit gestalten wir!

TEXT: DOROTHEE JÜRGENSEN | DGB REGIONSGESCHÄFTSFÜHRERIN OLDENBURG-OSTFRIESLAND ♦ FOTO: DGB/THOMAS LANGREDER



Dorothee Jürgensen - DGB Regionsgeschäftsführerin

Am 1. Mai 2015 jährt sich der TAG DER ARBEIT zum 125mal!

Seit 125 Jahren kämpfen Gewerkschaften für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Rechtlos, politisch unterdrückt und ständig in existenziellen Nöten – so sah die Lage der Arbeiterinnen und Arbeitnehmer im 19. Jahrhundert aus! Arbeitsschutz, Rente, Arbeitslosengeld und Krankenversicherung - Unbekannt. Wer mit 50 kaputt war und nicht mehr arbeiten konnte, war von der Unterstützung durch die Familie abhängig?

Und heute... 125 Jahre später kämpfen wir gegen Niedriglohn und prekäre Beschäftigung, streiten für höhere Löhne, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, setzen uns ein für sichere Renten, ein gerechtes Gesundheitssystem sowie für die Stärkung der Mitbestimmung und Tarifautonomie!

„Die Zukunft der Arbeit gestalten wir!“, so lautet das diesjährige Motto zum 1. Mai.

Auf die drastischen Veränderungen der Arbeitswelt durch Digitalisierung und Globalisierung müssen wir Antworten finden. Denn der jahrzehntelangen Globalisierung der Märkte muss endlich eine globale För-

derung von sozialen Rechten folgen. Dem Druck auf Arbeitsbedingungen und Löhne durch verstärkte Konkurrenz und Produktionsverlagerung muss eine politisch initiierte weltweite Stärkung von Arbeitnehmerrechten und eine gerechte Verteilungspolitik entgegengesetzt werden. Bevor Märkte weiter liberalisiert werden, müssen wir sicherstellen, dass ein fairer Wettbewerb stattfinden kann. Unternehmen dürfen keine kurzfristigen Kostenvorteile durch schlechteren ArbeitnehmerInnen- oder Umweltschutz haben. Noch immer sind die sozialen Risiken auf dem Arbeitsmarkt groß. Trotz hohem Beschäftigungsniveau nimmt die Arbeitszufriedenheit ab und die sozialen Unterschiede werden größer. Der Niedriglohnsektor wächst und die berufliche Aufstiegsmobilität ist relativ gering – trotz des steigenden Fachkräftedarfs.

Mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns am 01.01.2015 ist ein erster Schritt zu einer Neuen Ordnung der Arbeit gemacht. Deutschland gehört jetzt auch zur Mehrheit der europäischen Länder, in denen ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn gilt.

Die Beschäftigte in Deutschland sollen mindestens 8,50 Euro

brutto pro Stunde verdienen. Das gilt auch, wenn die Beschäftigten oder ihre Unternehmen aus dem Ausland kommen: Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer hat grundsätzlich Anspruch auf den Mindestlohn – mit einigen Übergangsfristen.

Jede Arbeitnehmerinnen und jeder Arbeitnehmer? Leider NEIN!

Ärgerlich sind die Ausnahmen, betroffen sind z.B.: ZeitungszustellerInnen, Minderjährige unter 18 Jahren, Auszubildende und PflichtpraktikantInnen im Rahmen einer Ausbildung oder eines Studiums. Langzeiterwerbslose, die seit über einem Jahr erwerbslos gemeldet sind, haben erst sechs Monate nach Wiederaufnahme einer Tätigkeit das Recht auf einen Mindestlohn.

Die Ausnahmen müssen beseitigt werden, denn Würde kennt keine Ausnahme und ein existenzsicherndes Arbeitsverhältnis gehört dazu! Es heißt also „Dran bleiben am Mindestlohn!“
Trotzdem ist die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ein Fortschritt. **Weitere Schritte wie flexiblere Übergänge in die Rente, ein Mitbestimmungsrecht bei Leiharbeit und Werkverträgen und die längst fällige Reform der Minijobs müssen jetzt folgen.**

Menschen sind keine Ware. Menschen gehören nicht in einen Einkaufskorb. Menschliche Arbeit muss so bezahlt werden, dass ein Mensch würdig von seiner Gedanken und seiner Hände Arbeit leben kann.

Von alleine wird das aber nicht passieren. Wir Gewerkschaften müssen uns keineswegs komplett neu erfinden. Auch wenn wir nicht alle Antworten auf alle heutigen Fragen haben. Und auch wenn in der digitalen Arbeitswelt alles fragmentierter erscheint: Unser Schlüssel für bessere Arbeitsplätze ist auch heute noch gemeinsames Handeln.

Was wir aber brauchen, sind neue Formen kollektiven Drucks, um Präsenz und Beteiligung, Solidarität und Stärke – in der virtuellen wie in der realen Welt zu zeigen.

Gemeinsam gegen Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus und Rechtspopulismus. Gebt dem Hass keine Chance!

Gesellschaftlich Solidarität und Stärke, ist auch bei diesem Thema gefragt. Denn gerade heutzutage, wo Rechtspopulismus in Deutschland aber auch in Europa wieder opportun erscheint, müssen wir Gewerkschaften alle Ebenen des gesellschaftlichen Zusammenlebens mit einbeziehen, um gemeinsam Ausgrenzung, Rassismus und Antisemitismus immer wieder zu ächten

und diese aufkommenden Strukturen, egal welchen Deckmantel sie sich auch geben mögen, zu entlarven. Unsere Solidarität gilt allen Menschen, die aufgrund von Krieg, Terror, Verfolgung oder Armut ihre Heimat verlassen mussten und als Flüchtlinge und Asylsuchende in unser Land kommen. Sie gilt auch denjenigen Migrantinnen und Migranten, die seit Jahren mit ihrer Arbeit zu Wachstum, Wohlstand und Vielfalt in Deutschland beitragen.

...Fortsetzung auf Seite 2...

Erlebe unsere TOP-Leistungen



- ⊕ Bonus-Prämie beim BKK Melitta-BonusPlus bis zu 200 Euro
- ⊕ Erweiterte medizinische Vorsorge bis zu 100 Euro
- ⊕ Diverse Schwangerschaftsmehrleistungen bis zu 150 Euro
- ⊕ Stationäre Behandlung in Privatkliniken*
- ⊕ Professionelle Zahnreinigung bis zu 85 Euro
- ⊕ Alternative Arzneimittel** bis zu 100 Euro
- ⊕ Osteopathische Behandlung durch Osteopathen bis zu 360 Euro
- ⊕ Präventions- und Vorsorgekurse bis zu 320 Euro

Mein Vorteil: 1.315 Euro

* bis zur Höhe vergleichbarer Vertragsärzte
** nicht verschreibungspflichtig
Bei einigen Mehrwertvorteilen handelt es sich um einen finanziellen Bonus, bei anderen sind die jeweiligen Kosten der Leistungen angegeben. (Eine Barauszahlung bei Nichtanspruchnahme ist nicht möglich). Alle Angaben sind Höchstbeträge und beziehen sich pro Jahr auf eine Person. Sie vervielfachen sich bei einer Familie.



Die BKK in meiner Nähe! Immer an meiner Seite
ServiceCenter Nordenham • Friedrich-Ebert-Str. 86
www.bkk-melitta-plus.de • Telefon: 04731 9334-0

Daten - Zahlen - Fakten zum Thema RENTE

- Mindestlohn 8,50 € hilft 590.000 Menschen in Niedersachsen.
- Mindestlohn 8,50 € hilft 7,4 Millionen Menschen in Deutschland.
- 8,50 € ergibt durchschnittlich einen Bruttolohn von 1.500,00 €.
- 2014 mussten 127.000 Menschen in Niedersachsen den Lohn aufstocken.
- 6,3 Millionen Menschen möchten gerne mehr arbeiten.
- 3,1 Millionen Menschen sind unterbeschäftigt.
- Seit 1957 wurden rund 800 Milliarden Euro für versicherungsfremde Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung entnommen. Ein Fehlbetrag der bislang nicht ausgeglichen wurde.
- 812.000 Minijobber sind älter als 65 Jahre.
- Jede zweite Rente lag 2013 unter 700 €.
- Die Vollbeschäftigung wurde seit 1991 um 5,5 Millionen abgebaut. Die Teilzeitbeschäftigung wuchs seit 1991 um 7,9 Millionen an. Seit 1999 haben alle RentnerInnen 20 % Rentenverlust.
- Deutschland hat über 1 Million Millionäre, diese besitzen pro Millionär 4 – 7 Millionen Euro. Dazu kommen noch 150 Milliarden. Sie besitzen zusammen 650 Milliarden.
- Die Armut wächst permanent in Deutschland und der EU.
- Der Reichtum wächst parallel mit gleicher Geschwindigkeit.
- 14 Millionen Menschen sind in Deutschland prekär beschäftigt.

Die Zukunft der Arbeit gestalten wir!

... Maiaufruf 2015 - Fortsetzung von Seite 1...

Wir wenden uns gegen die Pegida-Demonstrationen, denn diese bereiten den Boden für rassistische Übergriffe und spaltet die Bevölkerung. Den OrganisatorInnen von Pegida, AfD und Co geht es allein um Populismus. Es werden Ängste um die soziale Sicherheit, um Arbeitslosigkeit und um ein gesellschaftliches Miteinander benutzt, um Rassismus zu schüren. Gleichzeitig wähen sich Nazis durch diese Aktionen bundesweit im Aufwind. Es gibt einen rasanten Anstieg von Gewalttaten und Anschlägen. Die rassistischen Proteste und die Vorurteile gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen nähren sich auch aus Abstiegsängsten vieler Menschen. Die Ängste werden durch zahlreiche Lügen über ansteigende Kriminalität usw. geschürt. Pegida, AfD & Co versuchen, verfehlte Wohnungspolitik, Sozial- und Bildungsabbau, die Rente mit 67 und anderes für ihre Propaganda auszunutzen.

Aber nicht MigrantInnen und Flüchtlinge sind schuld an Ar-

beitsplatz-
a b b a u ,
fehlendem
sozialem
Wohnungs-
bau, Hartz
IV, Privatisie-
rungen und
einer unsozia-
len Politik. Nicht
Migrant-
Innen und Flüchtlinge verwei-
gern zum Beispiel vernünftige
Arbeitsbedingungen und einen
Tarifvertrag. Nicht sie sind es,
die für eine ausufernde Befristungspraxis in den Betrieben
verantwortlich sind.

Solidarität ist die Grundlage unserer gewerkschaftlichen Arbeit. Wir wollen und werden uns nicht aufgrund unterschiedlicher Nationalitäten, Herkunft oder Religion spalten lassen.

Wir rufen dazu auf, die Probleme dort anzugehen, wo sie verursacht werden. Wir streiten für eine solidarische Gesellschaft, in der Einkommen, Vermögen und Lebenschancen gerecht verteilt sind. Wir rufen dazu auf, gemeinsam mit uns in und außerhalb der Betriebe und

**DIE ARBEIT
DER ZUKUNFT
GESTALTEN WIR!**
1. MAI 2015

Dienststellen aktiv zu werden für soziale Verbesserungen, für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Gemeinsam sind wir aktiv für ausreichende Sozialleistungen, eine auskömmliche Rente und die Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Wir rufen sich aktiv an den Kundgebungen zum 1. Mai zu beteiligen und ein deutliches Zeichen für eine weltoffene, solidarische und gerechte Gesellschaft zusetzen!

Denn Demokratie und Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz leiten seit jeher unser Handeln.“

Wir wollen ein deutliches Zeichen setzen für ein offenes, soziales, demokratisches und vor allem solidarisches Europa!



EU-Beratungsstelle der Gewerkschaften im niedersächsischen Konvergenzgebiet



EUROPÄISCHE UNION

Die EU-Beratungsstelle des DGB

- berät über Fördermöglichkeiten durch den Europäischen Sozialfonds
- unterstützt die Antragstellung für Projekte
- entwickelt Handlungsfelder für Betriebsräte und Unternehmen
- hilft bei Fragen der Finanzierung
- organisiert Weiterbildung für Beschäftigte

Wir arbeiten mit den gewerkschaftlichen Bildungsträgern ARBEIT UND LEBEN und dem ver.di-Bildungswerk Niedersachsen zusammen.

SPRECHEN SIE UNS AN!

Kontakt

Heiligengeiststraße 28 – 21335 Lüneburg

Tel. 04131 / 22 33 96 -15 Fax -16

<http://eu-beratungsstelle.dgb.de>



Wir beraten und unterstützen
Betriebsräte & Beschäftigte
Gewerkschaften & Betriebe

Solidarität für Griechenland im Euroland

EUROPA Der Ausstieg Griechenlands aus der Europäischen Union ist keine Lösung.

TEXT: RUDOLF HICKEL | WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLER UNIVERSITÄT BREMEN ♦ FOTO: ISTOCK

Der 1. Mai ist der Tag der nationalen Solidarität für gute Arbeit und gegen soziale Armut. Dazu gehört eine starke Demokratie, die sich gegen jegliche Art von Sonderrechten für die Profitwirtschaft und gegen Lobbyismus zur Wehr setzt. Im Bereich der Unternehmenswirtschaft heißt Demokratie aktive Mitbestimmung in den Unternehmen und Betrieben.

Der „Tag der Arbeit“ steht aber auch für internationale Solidarität. Die Antwort auf die heute finanzmarktgetriebene Globalisierung lautet Aufbau einer vertrauensvollen Kooperation gegen die weltweite Kapitalmacht der Großkonzerne. In diese Internationalisierung sozialer, ökonomischer und ökologischer Ziele fügt sich die europäische Antwort durch die EU ein. Auch an diesem 1. Mai müssen die EU-Defizite im Bereich sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit auf die Agenda. Dies gilt insbesondere für Euroländer innerhalb der EU. Unter dem Regime einer einheitlichen Währungs- und Geldpolitik sind die Euroländer im Gegensatz zu den Gründungsversprechen nicht zu einem Solidarverbund zusammengewachsen. Im Gegenteil, eine starke Spaltung unter der Dominanz Deutschlands und vor allem zu Lasten der Südländer bestimmt die Entwicklung.

Die Frage nach der Bereitschaft zur Solidarität stellt sich derzeit besonders bei Griechenland. Man mag darüber streiten, ob der Beitritt Griechenlands 2001 unter falschen Voraussetzungen vollzogen worden ist.



Ein Land im Ungewissen. Wie sieht die Zukunft Griechenlands in den nächsten Jahren aus?

Unbestreitbar ist im März 2010 die lang angelegte Finanzkrise Griechenlands ausgebrochen. Griechenland war nicht mehr in der Lage, die auslaufenden Kredite seiner Gläubiger zurückzahlen. Der Weg, der zur Rettung Griechenlands aus der Finanzkrise gewählt wurde, steht im Widerspruch selbst zu einem minimalen Anspruch auf Solidarität. Die Geberländer haben eine an üble Moralisation erinnernde Formel gewählt. Mit der gigantischen Staatsverschuldung habe Griechenland über seine Verhältnisse gelebt. Diese Schuld verlange Sühne. Finanzstrategisch umgesetzt heißt das: Ihr Griechinnen und Griechen erhaltet Finanzhilfen aus dem Rettungsfonds und als

Gegenleistung verlangen die Geberländer einen martialischen Einsparkurs der öffentlichen Haushalte. Während von den bis heute zur Verfügung gestellten Hilfen mit über 230 Mrd. € der größte Teil an die Gläubiger geflossen ist, sind die sozialökonomischen Folgen katastrophal: Absturz der Wirtschaft, Ausbreitung der Armut bis in die Mittelschichten, medizinische Unterversorgung, hohe Arbeitslosigkeit mit über 50 Prozent bei den Jugendlichen.

Vor allem neoliberale Kräfte suchen aus dieser gefährlichen Gemengelage die Lösung im Grexit, also der erneuten Einführung der Drachme. Die hier unterstellte Erwartung, Griechenland könne sich allein am

besten helfen, ist zynisch, ja dumm, weil ein Armutsland auf Dauer etabliert würde. Gefordert ist dagegen die Solidarität im Euroland und der EU.

Das griechische Volk hat einen ersten wichtigen Beitrag geleistet. Die zuvor regierenden Parteien, die mit der Steuerhinterziehung der Reichen und der Korruption gut lebten, sind verjagt.

Vier-Säulen-Strategie

Die dringend zu realisierende Solidarität basiert auf einer Vier-Säulen-Strategie:

Erstens sollte ein Sofortprogramm gegen die massenhafte Armut (Lebensmittelkarten, medizinische Grundversorgung) umgesetzt werden. Durch diese

Soforthilfe ließe sich die Akzeptanz einer künftigen Sanierungspolitik verbessern.

Zweitens wird ein Schulden deal zur Reduzierung des Kapitaldienstes erforderlich. Dazu gehört auch ein Schuldenschnitt. Dabei sollte die Leitlinie, die Hermann Josef Abs im Londoner Schuldenabkommen für Deutschland 1953 durchgesetzt hat, gelten: Die Finanzierung der Transferleistungen darf die Wirtschaft nicht schröpfen. Schließlich kann nicht „durch eine Austerity-Politik das Problem unserer Transferverpflichtungen gelöst werden“.

Drittens ist endlich der gezielte Aufbau einer nachhaltigen, wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstruktur und öffentlichen Infrastruktur mit einem Herkulesplan anzugehen.

Viertens muss Griechenland aus innerdemokratischen Gründen seinen Beitrag leisten. Die Bekämpfung der Korruption, der Steuerhinterziehung und der Kapitalflucht stehen auf dem Programm der griechischen Regierung, mit dem sie für die Verlängerung des Kreditrahmens innerhalb des Hilfsprogramms argumentiert

Mehr Informationen:

- Rudolf Hickel / Johann-G. König, Euro stabilisieren – EU demokratisieren: Aus den Krisen Lernen, Bremen 2014 (Kellner Verlag)
- Rudolf Hickel, Zeitbombe Grexit – Griechenland im Eurosystem aufbauen, in: <http://rhickel.iaw.uni-bre-men.de/ccm/homepages/hickel/aktuelles/zeitbombe-grexit-es-gibt-alternativen/>



BREMER & OLDENBURGER
STADT KURIER

campus
KURIER

MAI ZEITUNG
ZEITUNG DER GEWERKSCHAFTEN IN VERSCHIEDENEN DGB-REGIONEN ZUM 1. MAI
WWW.MAIZEITUNG.DE

HANDELSKURIER
DIE ZEITUNG FÜR WIRTSCHAFT & LEBENSQUALITÄT IM NORDWESTEN
WWW.HANDELSKURIER.DE

Hollandexpress
Tagesbusreisen ab Norddeutschland

Kreuzfahrt-Kurier
Die Zeitschrift für Kreuzfahrten

mediapolis
zeitungsmacheragentur GmbH & Co. KG

Pressearbeit - Kunden- & Mitgliederzeitungen

Sie sagen uns, wen Sie mit Ihrer Zeitung oder Zeitschrift erreichen möchten, wir sagen Ihnen wie!

Von der Idee bis zur inhaltlichen und visuellen Konzeption. Auf Wunsch übernehmen wir die **Redaktion** (Text & Fotos), das **Layout**, die **Anzeigenakquise**, den **Druck** und den **Vertrieb**.

Die Zeitungsmacheragentur **mediapolis** ist seit fast 20 Jahren im Zeitungsmarkt aktiv. Verlageigene Produktionen wie die Reisezeitung „Kreuzfahrt-Kurier“, Auftragsarbeiten wie Wochen- und Monatspublikationen oder diese **MAI ZEITUNG** sprechen für unsere Kompetenz.

Interesse? Sprechen Sie uns an!

mediapolis GmbH & Co. KG

Büro Oldenburg:
An den Eschen 8b
26129 Oldenburg

fon: +49 (0)441.68310201
mobil: +49 (0)176.83081326
mail: m.guenther@mediapolis-agentur.de

Mindestlöhne in Europa – wo steht Deutschland?

MINDESTLOHN Deutschland steht mit einem Mindestlohn von 8,50 Euro am unteren Rand westeuropäischer Staaten.

TEXT: THORSTEN SCHULTEN | WSI REFERAT ARBEIT- UND TARIFPOLITIK IN EUROPA ♦ GRAFIK: WSI MINDESTLOHN DATENBANK

Seit dem 1. Januar 2015 gilt in Deutschland erstmals ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn. Damit verfügen innerhalb der Europäischen Union (EU) nun 22 von 28 Ländern über einen nationalen Mindestlohn. Lediglich sechs EU-Staaten – darunter vor allem die skandinavischen Länder Dänemark, Schweden und Finnland sowie Österreich, Italien und Zypern – haben keine allgemeine Lohnuntergrenze. Die meisten Länder ohne nationalen Mindestlohn weisen jedoch eine sehr hohe Tarifbindung auf. Anders als in Deutschland ist deshalb hier nach wie vor eine weitgehend flächendeckende Mindestlohn-sicherung durch Tarifverträge möglich.

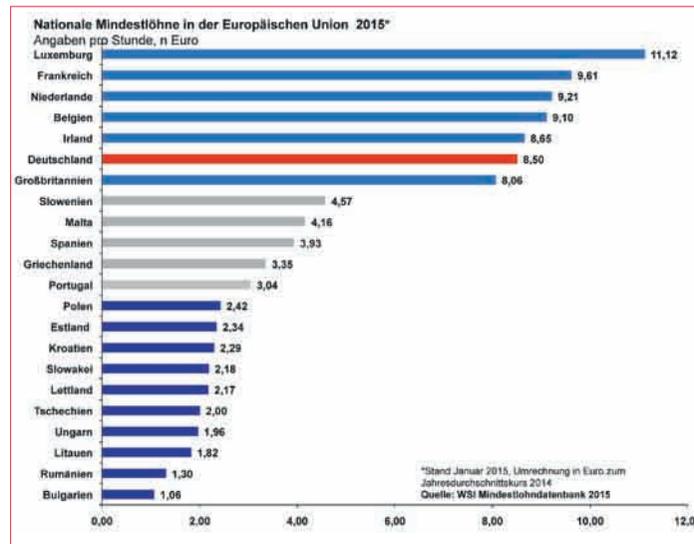
Euro pro Stunde. Den zweithöchsten Mindestlohn gibt es mit 9,61 Euro in Frankreich, gefolgt von den Niederlanden mit 9,21 Euro, Belgien mit 9,10 Euro und Irland mit 8,65 Euro.

Den Schlußpunkt der westeuropäischen Spitzengruppe bildet Großbritannien mit 8,06 Euro. Allerdings wird der Euro-Wert des britischen Mindestlohns stark durch die Abwertung der britischen Währung verzerrt. Ohne diese Abwertung würde der Mindestlohn in Großbritannien heute auch weit über 9 Euro liegen.

Eine zweite mittlere Gruppe mit Mindestlöhnen zwischen 3 und 5 Euro umfasst neben Slowenien vor allem Länder aus Südeuropa (Spanien, Portugal, Griechenland und Malta). In der dritten Gruppe mit Mindestlöhnen unterhalb von 3 Euro finden sich ausschließlich Länder aus Osteuropa. Das Schlusslicht bilden dabei Bulgarien und Rumänien mit Mindestlöhnen von etwas mehr als einem Euro.

Ursachen für unterschiedliche Mindestlohn-niveaus

Die großen Unterschiede bei der Höhe der Mindestlöhne ergeben sich zum Teil aus den



ebenfalls sehr unterschiedlichen Lebenshaltungskosten. Würde man das Preisniveau und die Kaufkraft der Löhne in den verschiedenen Ländern mit einbeziehen, so wären die Unterschiede zwischen den nationalen Mindestlöhnen nur noch halb so groß. Darüber hinaus spiegeln die unterschiedlichen (Mindest-)Lohnniveaus auch zu einem gewissen Grade die unterschiedliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Produktivität der jeweiligen Länder wider.

Für die Beschäftigten von zentraler Bedeutung ist schließlich die Frage, wie hoch der Mindestlohn im Verhältnis zu den übrigen Löhnen eines Landes ausfällt. Dieser relative Wert des Mindestlohns lässt sich als Prozentsatz des so genannten Medianlohns messen, d.h. des Lohns, bei dem die eine Hälfte der Bevölkerung mehr und die andere Hälfte weniger verdient. Innerhalb der EU variiert dieser relative Wert des Mindestlohns zwischen mehr als 60% des Medianlohns in Frankreich und

Slowenien bis zu weniger als 40% in Estland oder der Tschechischen Republik. Ein Mindestlohn, der weniger als 50% des Medianlohns eines Landes beträgt, kann nach internationalen Standards offiziell als Armutslohn bezeichnet werden.

Wo steht Deutschland?

Mit 8,50 Euro pro Stunde liegt der Mindestlohn in Deutschland am unteren Rand der westeuropäischen Spitzengruppe. Zu Frankreich als der zweitgrößten Volkswirtschaft in der EU beträgt der Abstand mehr als einen Euro.

Auch in relativer Hinsicht ist das deutsche Mindestlohnniveau mit etwa 50% des Medianlohns keineswegs besonders hoch. Es bewegt sich vielmehr an der Schwelle zum Armutslohn und droht ohne weitere Anpassungen darunter zu rutschen. Im europäischen Vergleich besteht damit für zukünftige Erhöhungen des deutschen Mindestlohns deutlich Luft nach oben.

Weitere Infos:
WSI-Mindestlohndatenbank
www.wsi.de/mindestlohn-datenbank

Große Unterschiede in der Höhe des Mindestlohns

Im Hinblick auf die Höhe des Mindestlohns lassen sich innerhalb der EU insgesamt drei Gruppen unterscheiden. Die Gruppe mit den höchsten Mindestlöhnen umfasst insgesamt sieben Staaten aus Westeuropa. Einsamer Spitzenreiter ist dabei das Herzogtum Luxemburg mit einem Mindestlohn von 11,12

10 Jahre Hartz IV – Keine Erfolgsgeschichte

HARTZ IV Die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld ist ein Desaster für Beschäftigte und Arbeitslose.

TEXT: JÖRG KÖHLER | ARBEITSLOSENINITIATIVE AURICH ♦ FOTO: ARCHIV

Im Jahre 2005 wurde von der zweiten rot-grünen Regierung die vierte Stufe der Hartz-Reformen eingeführt: Arbeitslosengeld und Sozialhilfe wurden zusammengeführt und Hartz IV entstand. Zudem wurde die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes deutlich reduziert. Nach einem Jahr Erwerbslosigkeit kam der Absturz. Eine alleinstehende Person erhielt lediglich nur noch 391 Euro und lag damit deutlich unter der offiziellen Armuts-grenze von 979 Euro. Hartz IV ist Armut per Gesetz. Es gibt also nichts zu feiern.

Die prekären Arbeitsverhältnisse haben in den letzten 10 Jahren zugenommen, was auch gewollt war. Auf die Hartz IV-EmpfängerInnen wurde und wird Druck ausgeübt, jeden Job anzunehmen, unabhängig von der wirklichen Qualifikation und Erfahrung. Sie müssen Löhne akzeptieren, die ein Drittel unterhalb des tariflichen Niveaus liegen. Angst geht auch bei Arbeit-



Durch Hartz IV ist die Zahl der ALG II-Empfänger nicht gesunken und die Zahl der prekär Beschäftigten hat extrem zugenommen.

nehmerInnen um, selbst in diese Situation zu gelangen.

Massive Lohneinbußen waren die Folge. 2003, also zwei Jahre vor Hartz IV, entfielen noch 71 Prozent des Volkseinkommens auf die Beschäftigten; 2007 lag es nur noch bei 63 Prozent. Und die Unternehmensgewinne explodierten. Der jährliche Reichtums-Armutsbericht sagt alles.

Hartz IV hat somit bewirkt: Aty-

pische Beschäftigung wie Leiharbeit, befristete Jobs, Minijobs und Teilzeit unter 20 Wochenstunden. 7,6 Millionen Menschen sind zwischenzeitlich davon betroffen. Besonders gravierend ist die Zunahme bei der Leiharbeit – sie hat sich verdreifacht, und diese Arbeitnehmer behalten ihre „Jobs“ auch meist nur max. drei Monate. Es ist für diese Menschen eine Krux. Sie müssen auch noch

die Schmach hinnehmen, wenn sie wieder bei Hartz IV gelandet sind, als „faul“ dazustehen.

ArbeitnehmerInnen, die eine ordentlich bezahlte Vollzeitstelle haben und jene, die in prekären Verhältnissen arbeiten, müssen eine Allianz bilden. Die Politik hat es geschafft, Menschen gegeneinander auszuspielen. Das kann nicht hingeworfen werden. Solidarität ist das Gebot der Stunde.

Hartz IV war ein Fehlschuss ohne Gleichen

Für Arbeitslose und Beschäftigte ist Hartz IV ein Desaster. Die Zahl der ALG II Empfänger ist nicht gesunken und prekäre Beschäftigung hat extrem zugenommen. Durch Niedriglöhne und sinkende Löhne hat sich die wirtschaftliche Lage der Beschäftigten verschlechtert.

Mindestlohn – Dran bleiben!

MINDESTLOHN Viele Unternehmen versuchen den gesetzlichen Mindestlohn mit Tricks zu umgehen – Kontrollen sind wichtig!

TEXT: CLAUDIA FALK | MAKROÖKONOMISCHE KOORDINIERUNG UND ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE IM DGB BUNDESVERSTAND ♦ FOTO: PRIVAT

Der flächendeckende Mindestlohn ist endlich Gesetz. Aber kommt er auch überall an? An neue Gesetze muss sich eine Gesellschaft immer erst gewöhnen. Besonders, wenn sie so breit wirken. Durch den gesetzlichen Mindestlohn sollen immerhin 3,7 Millionen BürgerInnen profitieren, die bisher mit Dumpinglöhnen von unter 8,50 Euro pro Stunde abgespeist wurden.

Die gesellschaftliche Zustimmung zu dem neuen Gesetz ist enorm. Auch die SkeptikerInnen werden sicher bald verstummen. Warum sollte der Mindestlohn in Deutschland den Untergang bedeuten, wo es doch längst gute Erfahrungen damit in unseren Nachbarländern gibt? Von massenhaften Jobverlusten kann jedenfalls bislang keine Rede sein.

Aber wir müssen wachsam sein, damit der Mindestlohn auch wirklich überall ankommt. Information für die Beschäftigten sind das A und O. Nur wer um seine Rechte weiß, kann sie auch durchsetzen. Der Ansturm auf unsere Mindestlohnhotline ist in den ersten drei Monaten überbordend und zeigt, wie sehr Arbeitneh-

merInnen und auch ArbeitgeberInnen verunsichert sind. Das Gesetz ist an vielen Stellen vage gehalten – etwa in Fragen der Anrechenbarkeit von Zuschlägen oder Sonderzahlungen. Auch die Regelungen zu Praktika sind kompliziert. Hier erwarten wir rasche Klärstellungen vom Gesetzgeber, denn es ist den Betroffenen nicht zuzumuten, erst auf das Ergebnis langwieriger Gerichtsverfahren zu warten, bis Rechtssicherheit entsteht.

Und leider sind schon viele Umgehungsstrategien der ArbeitgeberInnen bekannt geworden: So werden neue Verträge mit reduzierter Arbeitszeit vorgelegt, aber die Arbeit im alten Umfang erwartet. Warte- und Bereitschaftszeiten werden plötzlich nicht mehr vergütet (z.B. bei Behindertentransporten oder auch bei TaxifahrerInnen). Naturalien sollen als „Bezahlung“ herhalten – wie etwa in Kinos (Eintrittskarten und Popcorn Gutscheine), Bäckereien (Essensgutscheine) Wellness-Centern (Bräunungs- und Solariumgutscheine). Manche/r ArbeitgeberIn behauptet auch schlichtweg, für ihren/seinen Laden gelte der Mindestlohn nicht. Abenteuer-



Demonstration für den Mindestlohn vor dem Brandenburger Tor in Berlin.

lich! Deshalb ist die Kontrolle entscheidend für die Umsetzung des Mindestlohngesetzes.

Der Zoll sollte den gemeldeten Verstößen zügig nachgehen. Die ArbeitgeberInnen müssen gleich zu Beginn des Inkrafttretens eines neuen Gesetzes spüren, dass Missbrauch geahndet wird. Das ist auch im Interesse der „ehrlichen“ ArbeitgeberInnen, denen so die Schmutzkonkurrenz erspart bleibt. Es muss jetzt mit Hochdruck an der Ausbildung der neuen KontrolleurInnen gearbeitet werden, damit sie schnell

einsatzbereit sind. Und wenn die FinanzkontrolleurInnen beim Zoll ihre neuen KollegInnen tatsächlich erst bis 2019 komplett an die Seite gestellt bekommen: Könnten nicht bis dahin KollegInnen aus anderen Behörden mit dem Zoll kooperieren, die ebenfalls in Betrieben Arbeitszeiten erfassen (zur Kontrolle des Arbeits- und Gesundheitsschutzes)?

Ganz wichtig: Die Arbeitszeiterfassung im Rahmen der Dokumentationspflichten ist das Kernstück wirksamer Kontrolle. Bereits die Verordnung aus dem Bundesfinanzministerium, nach

der Anfang und Ende der Arbeitszeit nicht mehr notiert werden müssen, sondern nur die Gesamtdauer der Arbeitszeit, erschwert die Kontrollen für den Zoll. Nun aber auch noch die Dokumentationspflichten für Minijobs insgesamt abschaffen und die Schwellenwerte für Kontrollen weiter absenken zu wollen, würde das Mindestlohngesetz zu einem zahnlosen Tiger machen. Schließlich profitieren insbesondere MinijobberInnen vom Mindestlohn, und hierbei gerade Frauen.

Die Mindestlohnkommission muss nun Unklarheiten und Ungerechtigkeiten beseitigen und die Evaluierung der Ausnahmeregelungen im Mindestlohngesetz anschieben. Bald schon wird sich die Kommission auch über eine Anhebung des Mindestlohns verständigen müssen, die zum 1. Januar 2017 gelten soll. 8,50 Euro pro Stunde forderte der DGB seit 2010. Sie machen längst nicht alle Beschäftigten unabhängig von Transferleistungen.

Die Umsetzung des Gesetzes ist ein längerer Prozess. Deshalb sagen wir: Mindestlohn – Dran bleiben!

Faire Arbeit – Jetzt!

MINDESTLOHN Durch kriminelle Tricks wird das Mindestlohngesetz teilweise umgangen.

TEXT: WOLFGANG JÄGERS | REGIONALLEITER IG BAU WESER-EMS ♦ FOTO: ISTOCK

Faire Arbeit - Jetzt“, so lautet das Leitbild der IG Bau-Agrar-Umwelt (IG BAU). In der Arbeitswelt soll es fair zugehen. Das ist noch lange nicht überall der Fall. Unfares Verhalten seitens der ArbeitgeberInnen ist in vielfältiger Form zu beobachten.

Dazu einige Beispiele: Die Mindestlöhne werden massiv unterlaufen. Dazu wird eine Art Leistungs-/Akkordlohn vorgeschrieben. So bekommt eine Reinigungskraft in einem hochklassigen Hotel eben nicht ihre Arbeitszeit vergütet, sondern wird pro gereinigtem Zimmer bezahlt. Die Heranholung ihres Materialwagens, inkl. Auffüllen verbrauchter Reinigungsmittel, wird „natürlich“ nicht mitbezahlt. Resultat: Statt 9,55 Euro / Stunde haben die Kolleginnen einen tatsächlichen Lohn von 3 – 4 Euro/Stunde. Kommentar der ArbeitgeberInnen: „Dann müssen die Damen und Herren eben schneller arbeiten!“ Mobile Beschäftigte (Arbeits-

migrantInnen aus anderen Europäischen Ländern) werden besonders und fast alle ausgebeutet, sie gelten fast als Rechtlose. So werden sie zumeist behandelt. Um ihre Situation zu verbessern, gibt es in einigen Städten Beratungsstellen für diese Menschen. Eine solche Beratungsstelle fordert die IG BAU auch für Bremen und Bremerhaven. Die Ausbeutung geht so: Über Schlepper werden ArbeitnehmerInnen z. B. in Rumänien angeheuert. In Deutschland werden sie, ohne ihr Wissen, zu Selbständigen gemacht und auf Baustellen eingesetzt. Selbständigen steht kein Mindestlohn zu, den der Zoll prüfen könnte (u.a. so geschehen in Osnabrück und jeden Tag auf unseren Baustellen). Anderes Muster: Anheuern eines/r ArbeitnehmerIn zum Mindestlohn/Stunde, der/die inoffiziell zwei Stunden zum Preis von einer arbeiten muss. Dann ist auf dem Papier alles in Ordnung. Gleichzeitig werden die Arbeit-



Illegale Tricks auch auf dem Bau: 2 Stunden Arbeit - Geld für 1 Stunde

erInnen in heruntergekommenen Mietwohnungen einquartiert – zu dritt auf 12 qm – bei je 300 Euro Miete im Monat. Für die ErntehelferInnen werden alte Bundeswehrkasernen gemietet oder gekauft, um dort mehrere Hundert Menschen unterzubringen. Bezahlt wird nicht pro Stunde, sondern nach Kilogramm oder Kiste Obst/Gemüse.

Diese Tatbestände ließen sich mit vielen weiteren Beispielen fortsetzen. Was da läuft, ist mehr als unfair, das ist schlicht kriminell.

Prekäre Beschäftigung nimmt immer noch zu. Jeder vierte Arbeitsplatz ist eine prekäre Beschäftigung. Wir finden das unfair. Wie erfahren junge Menschen die Arbeitswelt, wenn sie von einem unbezahlten Praktikum ins nächste wechseln?

Immer mehr Menschen werden die Altersarmut erleben. Die Rente 63 war ein erster richtiger Schritt zur Gegensteuerung, das Rentenniveau sinkt aber weiter. Das darf nicht weiter geschehen!

Eine Umfrage der IG BAU hat ergeben, was für die Menschen sehr wichtig ist:

- Gesund bleiben für 91 %
- Gerechtes, verlässliches Einkommen für 85 %
- Ein sicherer Arbeitsplatz für 82 %
- Soziale Absicherung für 83 %
- Unbefristete Arbeit für 75 %

Diese Umfrage gibt den Forderungen unserer Gewerkschaft Recht. Diese sind u. a.:

- Arbeit, die nicht krank macht (Stress, gefährliche Arbeitsstoffe, schlechte Luft durch z. B. Dieselruß am Arbeitsplatz)
 - Unbefristeter, sicherer Arbeitsplatz mit verlässlichem Einkommen, das für ein gutes Leben reicht und die Leistung anerkennt
 - Verlässliche, soziale Sicherung bei Krankheit und Rente
 - Respektvoller Umgang am Arbeitsplatz
- Eigentlich sind diese Punkte selbstverständlich, aber nur eigentlich. Oft sind die Verhältnisse am Arbeitsplatz deutlich schlechter. Da heißt es dann eben: Kämpfen und sich einsetzen! Möglichst nicht allein, sondern im Verbund mit den Kolleginnen und Kollegen, in starken Gewerkschaften. „Gemeinsam sind wir stark“ ist keine neue Erkenntnis, aber eine richtige!

Minijobs – Riskanter Kompromiss zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie

MINIJOBS Über 66 Prozent aller Frauen sind erwerbstätig – überdurchschnittliche viele Frauen in Minijob-Verhältnissen. Warum?

TEXT: MIRIAM SEEDORF | DGB REGION NORD-OST-NIEDERSACHSEN ♦ GRAFIKEN: HANS-BÖCKLER-STIFTUNG

Minijobs führen zur Altersarmut, sie tragen nicht zur eigenständigen Existenzsicherung bei und sind langfristig keine Alternative zu sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen. Bekannte Fakten – doch warum greifen so viele Menschen auf diese Jobs zurück? Warum werden die Risiken in Kauf genommen? Warum sind es gerade Frauen, die Minijobs über Jahre ausführen?

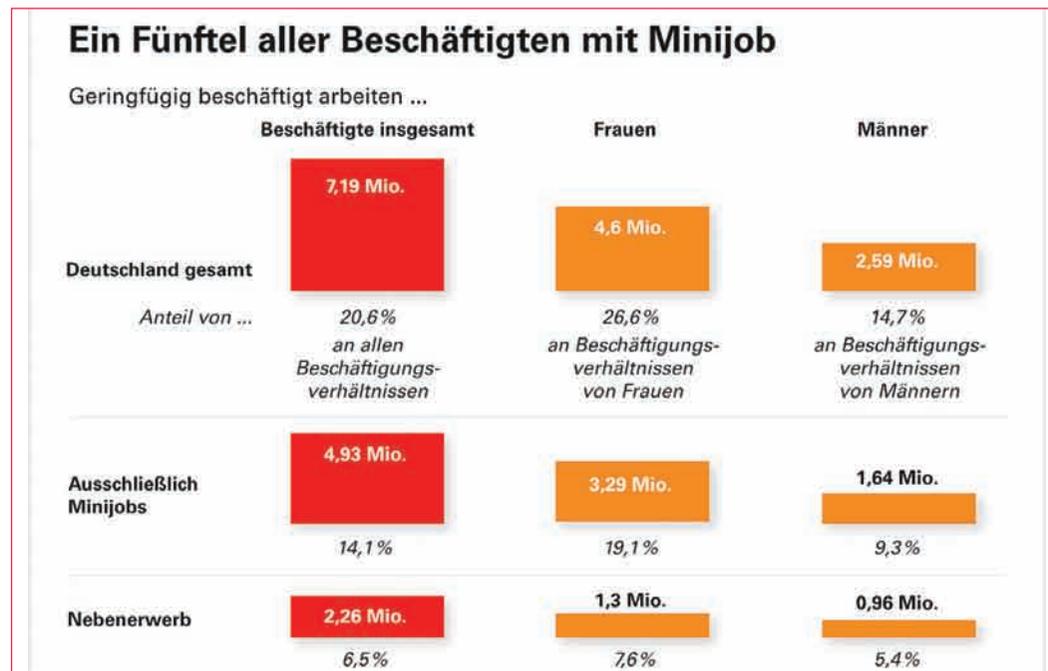
Der Artikel betrachtet die Ursachen, die dazu beitragen, dass Frauen auf die sogenannten Minijobs zurückgreifen. Eine einseitige Betrachtung von Minijobs würde der Komplexität unserer gesellschaftlichen Ordnung nicht gerecht werden. Somit sollen zunächst die veränderten Bedingungen der Arbeits- und Lebenswelt junger verheirateter Frauen skizziert werden.

Veränderte Bedingungen – veränderte Lebensentwürfe

Nach welchem Rollenbild leben junge Frauen heute? Hausfrau oder Alltagsmanagerin, die es schafft Beruf und Familie zu vereinbaren? Wie wird das umgesetzt?

Seit dem 19./20. Jahrhundert prägte unsere (westdeutsche) Gesellschaft das Modell des „Familienernährers“. Die Frau war für die Arbeit zu Hause, also die Kindererziehung und den Haushalt verantwortlich, der Mann ging arbeiten und verdiente den Lebensunterhalt für die Familie. Ein enges Zusammenspiel, ohne das die kapitalistische Produktion nicht hätte aufrecht erhalten werden können. Mit der Arbeitsteilung gingen auch Normen und Werte einher, die das Leitbild der Familie prägen und idealisierten. „Drinne waltet die züchtige Hausfrau, die Mutter der Kinder, und herrscht weise im häuslichen Kreise...“ schreibt Friedrich Schiller 1779 in seinem „Lied von der Glocke“.

Aus heutiger Sicht könnten wir meinen, das ist überholt. Doch gesellschaftliche Leitbilder ändern sich nur sehr langsam. Die Aktualität ist überraschend, obwohl sich die Arbeitswelt in den letzten Jahrzehnten enorm verändert hat. Flexibilisierung, Entgrenzung von Arbeit und Privatleben und Prekarisierung prägen die heutige Zeit. Damit einher gehen sowohl Ängste bezüglich Arbeitsplatzsicherheiten



als auch die Änderung von Lebensentwürfen, um auf die Bedingungen zu reagieren. Trotz neu gewonnener Handlungsspielräume findet eine Orientierung am Leitbild der klassischen Familie noch immer statt. Doch nicht nur individuelle Freiheiten, sondern auch behindernde, strukturelle Faktoren werden deutlich. Insbesondere für Frauen gibt es diverse Hindernisse, die ihr Leben in prekären Verhältnissen verlaufen lassen. Um die eigenen beruflichen Ziele mit familiären Verpflichtungen zu vereinbaren, lassen sich viele Frauen auf atypische Beschäftigungsverhältnisse, wie zum Beispiel Minijobs, ein. Was zunächst für die Lebenssituation attraktiv und gut vereinbar wirkt, erweist sich auf den Lebensverlauf betrachtet häufig als Falle.

Warum tappen Frauen in diese Falle? Warum wird die Sorgearbeit nicht gerecht zwischen Männern und Frauen aufgeteilt?

Der Wunsch nach der Gleichstellung von Männern und Frauen ist in jeder gesellschaftlichen Schicht vorhanden. Was steht also der Umsetzung dieser entgegen?

Es ist an der Zeit, sich von dem Gedanken zu lösen, dass jede/r heute das erreichen kann, was er oder sie will. Es gilt, die strukturellen Faktoren in den Blick zu nehmen, die dafür sorgen, dass soziale Ungleichheit aufrecht erhalten wird.

Der Gleichstellungsbericht der Bundesregierung resümiert, dass nach wie vor institutionell starke Anreize zu einer unglei-

chen Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit gesetzt werden. So kommt es zu einer Re-Traditionalisierung der familiären Arrangements, also dem Mann als Ernährer, der Frau als sorgende Mutter. Praktisch bedeutet das, dass Frauen heute, zum Zweck der Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch immer häufig beruflich zurückstecken und die Chancen ein eigenständiges existenzsicherndes Einkommen zu erzielen, verstreichen lassen. Gleichzeitig ist die Erwartung an Männer ungebrochen, dass sie trotz Kindern selbstverständlich in Vollzeit arbeiten. Um diese institutionell geschaffene Falle zu überwinden, braucht es eine Gleichstellungspolitik, die unterschiedliche Lebensentwürfe und die dadurch entstehenden Anforderungen einbezieht und sich nach ihnen ausrichtet. Nicht die Einzelnen sind verantwortlich dafür, die Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen, sondern die Politik. Soziale Ungleichheit wird dadurch verstärkt, dass Risikopotenziale in Erwerbsverläufen immer weniger abgefangen werden. Besonders Menschen, die bereits am Rande der Gesellschaft stehen, können die neoliberalen Bedingungen nicht erfüllen und werden so noch weiter an den Rand gedrängt.

Von Frauen wird heute erwartet, dass sie Erwerbsarbeit, Kindererziehung, Haushalt, Sport und das Treffen von Freunden und Freundinnen vereinbaren können. Die doppelte Orien-

tierung von Frauen auf Familie und Beruf ist damit zur selbstverständlichen Anforderung geworden. Gleichzeitig sind Erwerbsunterbrechungen durch Elternzeiten noch immer für einen „stimmigen“ Lebenslauf fatal. Durch eine fehlende rechtliche Regelung, die Menschen nach der Elternzeit ein Rückkehrrecht auf die verlassene Vollzeitstelle garantiert, greifen viele Frauen nach der Elternzeit auf Teilzeitstellen mit geringerer Entlohnung zurück. Arbeitsstellen mit weniger hohen Zugangsvoraussetzungen sind häufig im Bereich der geringfügigen Beschäftigungen (Minijobs) zu finden. Sie versprechen zunächst viele Vorteile, die durch rechtliche Anreizstrukturen gestützt werden. Das Ehegattensplitting beispielsweise macht es attraktiv für Frauen, nur einen geringen Zuverdienst zum Hauptverdienst des Mannes zu leisten, da alles, was über 450 Euro hinaus geht, sehr hoch versteuert werden würde.

Es wird zwar laut Gleichstellungsbericht mittlerweile eine Erwerbstätigenquote von 66,2% von Frauen ausgewiesen. Gemessen in Vollzeitäquivalenten findet seit Jahren jedoch eine Stagnation statt. Das heißt, es arbeiten zwar mehr Frauen, jedoch nur selten in Vollzeit. Das hat strukturelle Gründe. Für die Aufnahme einer Vollzeitbeschäftigung müssen zunächst diverse Voraussetzungen erfüllt werden. Beispielsweise werden hierfür Ressourcen wie Geld, Bildung und soziale Netzwerke

benötigt, um fehlenden Strukturen der Kinderbetreuung begegnen zu können. Frauen mit Kindern, die nicht aus der Mittelschicht kommen, gelingt es seltener diese Ressourcen aufzubringen. Studien bestätigen, dass Frauen mit Kindern, die niedrige Bildungsabschlüsse haben, überdurchschnittlich hoch in Minijob-Verhältnissen vertreten sind. Zum Vergleich: Akademikerinnen haben zwar längere Ausbildungszeiten und prekärere Berufseinstiege, sie sind allerdings selten im Bereich der Minijobs vertreten.

Was macht Minijobs für verheiratete Frauen mit Kindern so attraktiv?

65%, d.h. 3,3 Millionen der ausschließlich geringfügig Beschäftigten sind Frauen. Eine große Gruppe hiervon ist verheiratet und durch ihren Partner finanziell abgesichert sind. Somit versorgen sie die Kinder und erwerben durch den Minijob einen kleinen Hinzuverdienst.

Bei Frauen aus prekären Lebensverhältnissen ist der Zuverdienst durch den Minijob existenziell für das Überleben der Familie. Aufgrund geringerer Qualifikationen bleibt ihnen häufig keine andere Alternative zur Aufnahme von Minijobs. Umgekehrt führt dieses Einkommen aber nicht aus einer armutsnahen Lage heraus. Hier scheint es sich um eine Armutspirale zu handeln, aus der es nur schwer möglich ist sich zu befreien. Auch Langzeitfolgen in Bezug auf Rente oder dem Fall einer Scheidung wird zunächst wenig Beachtung geschenkt. Doch grundsätzlich wird ein Ausstieg aus Minijobs nur selten von Frauen gewünscht. So sind 41% der befragten „Hausfrauen“ nach eigener Einschätzung mit dem Umfang ihres Minijobs zufrieden und 62% möchten diesen auch in absehbarer Zeit nicht aufgeben.

Diese hohe Zufriedenheit in den Minijobs lässt sich durch ihre Struktur erklären, die auf den ersten Blick familienfreundlich wirkt, sich in ihren Folgen aber als frauenfeindlich erweist. Minijobs bieten ein hohes Maß an Flexibilität, einen geringen Stundenumfang und in der Regel können die Arbeitszeiten individuell angepasst werden. Das sind Grundvoraussetzungen für

Beratung für WerkvertragsarbeitnehmerInnen

ARBEIT Viele WanderarbeiterInnen sind besonders von Ausbeutung gefährdet. Jetzt hilft das mobile Beratungsbüro.

TEXT: MARIYA KRUMOVA | ARBEIT UND LEBEN OLDENBURG ♦ FOTO: ARBEIT UND LEBEN OLDENBURG

Immer mehr Menschen aus Mittel- und Osteuropa verlassen ihre Heimatländer, in denen sie aufgrund der wirtschaftlichen Situation weder Arbeit noch Perspektiven haben, um in Deutschland eine Arbeit aufzunehmen. Mangelnde Sprachkenntnisse, dubiose „Vermittler“ sowie die Unkenntnis ihrer eigenen Rechte machen mobile Beschäftigte besonders gefährdet für Ausbeutung, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Niedriglöhne bis hin zur Lohnunterschlagung und – im Extremfall – Menschenhandel zum Zwecke der Arbeitsausbeutung. Trotz harter Arbeit und langen Arbeitszeiten, manchmal bis zu 14 Stunden am Tag, werden diese Menschen um ihren Lohn geprellt und können oft ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten.

Die Beratungsstelle für mobile Beschäftigte in Oldenburg unterstützt WanderarbeiterInnen, die im Raum Weser-Ems, insbesondere im Oldenburger Münsterland, beschäftigt sind. Sie ist eine Anlaufstelle für die Betroffenen. Wir arbeiten anonym, vertraulich und kostenlos. Unsere Beratung beruht



Mit einem mobilen Beratungsbüro unterwegs zu „mobil“ Beschäftigten.

auf Freiwilligkeit. Die Beratungsstelle für mobile Beschäftigte ist auch eine mobile Beratungsstelle. Wir sind mit einem Bus ausgestattet, damit wir die Beratungsleistung zu möglichst vielen Beschäftigten in der Region vor Ort bringen können und diese ggf. auch kurzfristig in direkter Nähe zu den Arbeitsplätzen durchführen können. Damit wir vor Ort erkannt werden, haben wir den Bus

in deutscher Sprache und auch in den Sprachen der Herkunftsländer der WanderarbeiterInnen beschriftet.

Durch die Beratungsstelle bekommen mobile Beschäftigte erste notwendige Informationen über das deutsche Arbeits- und Sozialrecht. Wir klären Beschäftigte über ihre Rechte und Handlungsmöglichkeiten als ArbeitnehmerInnen auf und unterstützen sie

bei der Wahrnehmung ihrer Interessen. Je nach spezifischer Beratungssituation und konkreter Fragestellung können hilfreiche Kontakte zu Gewerkschaften, Anwälten, Behörden oder Polizei vermittelt werden.

Die Beratung erfolgt in der Sprache der Herkunftsländer, insbesondere auf rumänisch und bulgarisch. Falls notwendig, ziehen wir DolmetscherInnen hinzu der/die z.B. in spanisch, kroatisch oder ungarisch weiterhelfen können.

Die Beratungsthemen decken ein breites Spektrum ab. So zum Beispiel informieren wir über:

- Tarife und Regeln der Entlohnung, Kündigungsschutz, Arbeitszeiten, Urlaubsanspruch
- Krankenversicherung, Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung
- Leistungen nach SGB II und SGB XII
- Kindergeld
- Rechte und Pflichten bei selbstständig und selbstständig Erwerbstätigen
- Arbeitnehmerentsendung
- Fragen zur Wohnsituation

Im Zeitraum Oktober 2013 bis Februar 2015 hat die Beratungs-

stelle insgesamt 920 Personen beraten. Viele Menschen kommen mehrfach, sodass sich über 2400 Beratungsgespräche ergeben haben.

Seit ihrem Bestehen konnte die Beratungsstelle in vielen Fällen zwischen Konfliktparteien effektiv vermitteln und mehreren Beschäftigten bei der Durchsetzung ihrer Rechte außergerichtlich helfen. Allerdings wurden auch über 50 Arbeitsgerichtsverfahren eingeleitet.

Bei unserer Arbeit sind wir, auch im Interesse unserer Ratsuchenden, auf die gute Kooperation mit anderen Einrichtungen angewiesen. Wir arbeiten weiterhin eng zusammen mit verschiedenen Institutionen und es erfolgt kontinuierlich ein Wissenstransfer. Es bleibt allerdings viel zu tun, um die Arbeits- und Lebensverhältnisse der mobilen Beschäftigten zu verbessern.

Beratungsstelle für mobile Beschäftigte Oldenburg bei ARBEIT UND LEBEN Nds. Nord gGmbH
 Klävemannstraße 1
 26122 Oldenburg
 Tel.: 0441 92490 - 21/13

Minijobs – Riskanter Kompromiss zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie

...Fortsetzung von Seite 6...

Arbeitsverhältnisse, um Beruf und Familie vereinbaren zu können. Da die Verantwortung für die Kindererziehung mehrheitlich noch immer bei den Frauen liegt, sind die Minijobs für sie besonders attraktiv. Auf den gesamten Erwerbsverlauf betrachtet sind die negativen Folgen jedoch fatal. Risiken wie der seltene Übergang in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, massive Gehaltseinbußen sowie der Verlust von Rentenansprüchen werden für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Kauf genommen.

Politische Fehlanreize sind verantwortlich für Armutsspiralen – nicht die einzelnen Frauen

Den Frauen können keine Vorwürfe gemacht werden, sie versuchen das Beste aus ihrer Lebenssituation zu machen. Verantwortlich ist hier eine verfehlte Familien- und Arbeitspolitik. Wäre diese dem Prinzip des Gender Mainstreamings gefolgt, hätte die Bundesregierung nicht auf die Wachstumsbranche Minijobs setzen dürfen, um Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu inte-

grieren. Der Niedriglohnsektor stellt weder existenziell noch kulturell eine Alternative zum Modell der sorgenden Hausfrau dar. Minijobs tragen zur Kontinuität des Ernährermodells bei. Es ist offensichtlich, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen im Niedriglohnsektor keine Zukunft hat. Selbst der erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung bezeichnet die Minijobs als biografische Sackgasse. Es müssen also Alternativen entwickelt werden, damit junge Frauen neue Lebens- und Familien-Modelle leben können. Grundvoraussetzung hierfür ist die Ausrichtung der Gleichstellungspolitik an den Lebensformen der Menschen und die Schaffung von Freiräumen, damit sich neue Entwürfe durchsetzen können. Grundsätzlich muss Männern und Frauen gleichberechtigt der Zugang zu Normalarbeitsverhältnissen garantiert werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur als hohle Phrase erscheinen zu lassen. Darüber hinaus müssen negative Rahmenbedingungen beseitigt werden. Unzureichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten, ungünstige Arbeitszeiten

und lange Wegzeiten tragen auch dazu bei, dass Frauen auf Minijobs zurückgreifen. Rollenbilder und -erwartungen sind weitere Faktoren.

Soziale Gerechtigkeit für beide Geschlechter kann nur durch eine Umorientierung von arbeits- und familienpolitischen Maximen durchgesetzt werden. Fehlanreize wie das Ehegattensplitting und Minijobs gehören abgeschafft. Das dadurch eingesparte Geld muss in Betreuungseinrichtungen investiert werden.

Insgesamt muss die Familienarbeit aus dem Privaten herausgeholt und zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe gemacht werden. Dadurch würden sich auch Rollenbilder über einen längeren Zeitraum hinweg ändern.

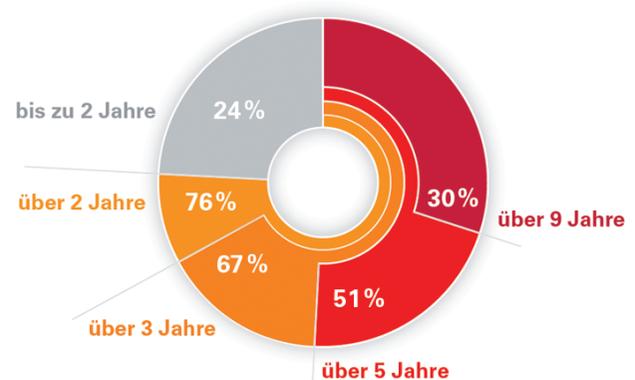
Gleichstellungspolitik ist keine Aufgabe der einzelnen Frauen, sie geht uns alle an!

Wir fordern die Abschaffung von Minijobs, die Sicherung der Rente für alle und die Gleichstellung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt!

Als Gewerkschaften werden wir nicht müde, das politisch immer weiter einzufordern!

Frauen in der Minijob-Falle

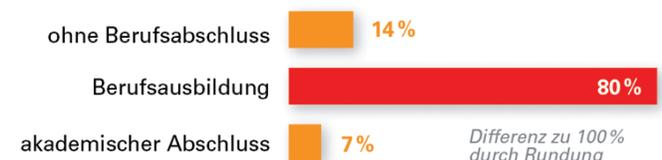
So lange arbeiten Frauen ausschließlich in Minijobs



Im Anschluss an ihren letzten Minijob waren Frauen ...



Höchster Bildungsabschluss von Minijobberinnen



TTIP – die Demokratiebremse

WIRTSCHAFT Handelsabkommen zwischen Europa und den USA sind gefährlich für Umwelt, Verbraucherschutz und soziale Rechte.

TEXT: SVEN GIEGOLD | MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ♦ FOTO: PRIVAT

Die Versprechungen klingen so schön. Mehr Arbeitsplätze. Mehr Wachstum. Soziale und ökologische Standards in der Globalisierung mit den USA gegen China durchsetzen. Doch der Nutzen des Abkommens ist viel geringer als behauptet und der Preis für TTIP ist trotzdem hoch.

Der wirtschaftliche Nutzen eines Freihandelsabkommens mit den USA ist vergleichsweise gering. Um 0,5% steigt nach 10 Jahren die Wirtschaftsleistung in der EU, wenn man den optimistischen Schätzungen der TTIP-Fans des Münchner IFO-Instituts glaubt (Leitung Hans-Werner Sinn). 0,5% liegen im Rahmen der konjunkturellen Schwankungen. Andere Studien wie vom gewerkschaftsnahen IMK (Düsseldorf) kommen zu Effekten lediglich knapp über der Nachweisgrenze. Die 0,5% des IFO sind jedoch auch nur zu haben, wenn man Standards und Regulierungen in sehr vielen Wirtschaftsbe- reichen angleicht.

Genau diese weitgehende Angleichung ist jedoch ein Anschlag auf unsere Demokratie in Europa. Regeln für Güter und Dienstleistungen sind manchmal rein technisch. In diesen Fällen kann eine Angleichung wirtschaftlich und sogar ökolo-

gisch sinnvoll sein. Warum soll der Stecker eines Elektroautos in den USA anders sein als in Europa. Gemeinsame Normen schaffen hier Effizienz.

Oft sind Standards aber alles andere als technisch. Sie sind in Wirklichkeit gesellschaftliche Werteentscheidungen. In den USA sind die Regeln für Banken nach der Finanzkrise härter angezogen worden als in Europa. Warum sollen die niedrigeren europäischen Standards nun auch genügen? Zurecht bestehen die Amerikaner darauf, die Regeln für die gefährlichen Finanzmärkte weiterhin selbst setzen zu können. Umgekehrt haben wir in Europa einen strengeren und vor allem anderen Verbraucherschutz. Gentechnik kommt Gott sei Dank kaum auf den Tisch. Die Mastentierhaltung ist zwar auch bei uns ein Desaster für Tiere und Gesundheit, aber so schlimm wie in den USA ist es nicht. Auch gefährliche Chemikalien kommen dank REACH-Verordnung oft gar nicht erst auf den Markt. In den USA zahlen dafür Hersteller von Produkten Unsummen an Schadensersatz, wenn Geschädigte nachweisen können, dass der Hersteller schuld war.

All diese Regeln sind Abwägungen zwischen wirtschaft-



Sven Giegold ist Sprecher der Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen im Europaparlament.

licher Freiheit einerseits und Umwelt, Verbraucherschutz und sozialen Rechten andererseits. Schön, dass Merkel und Gabriel nun versprechen, die europäischen Standards nicht abzusenken. Es ist aber gerade der Witz der Demokratie, dass solche Werteentscheidungen immer wieder neu verhandelt werden. Die Wahlergebnisse entscheiden darüber immer wieder neu. Mit TTIP droht nun, dass viele solcher Werteentscheidungen nur noch schwer änderbar sind. Ein

wichtiger Grund, warum viele Wirtschaftsverbände für TTIP sind, ist daher, dass die Freihandelsabkommen wie eine Demokratiebremse wirken.

Genauso fragwürdig ist es, wenn TTIP wie das internationale Dienstleistungsabkommen TISA die Selbstbestimmung der Staaten einschränken soll, Dienstleistungen in öffentlicher oder gemeinwirtschaftlicher Form zu organisieren. Deshalb ist der Deutsche Städtetag gegenüber TTIP ähnlich

reserviert wie meine Gewerkschaft ve.rdi.

Die geplanten Regeln zum Investorenschutz schlagen dem Faß den Boden aus. Unternehmen können danach Staaten auf Schadensersatz verklagen, wenn sie durch neue Regeln ihre Gewinnmöglichkeiten über Gebühr einschränken. Internationale „Investor-Schiedsverfahren“ verdienen sich eine goldene Nase. Drei Schiedsrichter entscheiden hinter verschlossenen Türen und ohne Berufungsmöglichkeit über Milliarden an Steuergeldern. Klagen können nur Großkonzerne, kleine Unternehmen sind wegen der hohen Prozesskosten faktisch ausgeschlossen. Lokale Unternehmen haben in Europa solche Schadensersatzmöglichkeiten nicht. Ein absurder Anschlag auf die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit.

All das ist Grund genug, sich gegen TTIP zu wehren! Das Europaparlament wie die Bundesregierung und in Deutschland der Bundestag und der Bundesrat müssen dem Handelsabkommen zustimmen. Kein Abgeordneter und keine Abgeordnete kann sich drücken. Ein Anfang ist die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative, die jeder und jede unterschreiben kann: www.stop-ttip.org.

Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA

WIRTSCHAFT Engagement gegen Freihandelsabkommen ist notwendig

TEXT: DAVID AMRI | DGB ♦ LOGO: INITIATIVE STOP TTIP

In den EU-Verträgen ist die Europäische Bürgerinitiative als direktdemokratisches Instrument vorgesehen, um die Kommission dazu zu veranlassen, sich mit einem bestimmten Thema zu befassen. Dazu bedarf es einer Million Unterschriften, die innerhalb eines Jahres in einem Viertel der EU-Mitgliedstaaten gesammelt werden. Im September 2014 wollten über 200 Organisationen aus 21 EU-Ländern eine solche Bürgerinitiative gegen die in Verhandlung befindlichen Freihandelsabkommen CETA (EU-Kanada) und TTIP (EU-USA) an den Start bringen. Die EU Kommission lehnte jedoch die Registrierung der Bürgerinitiative ab, mit der Begründung, dass es sich bei den Abkommen nicht um Rechtsakte handele und diese somit nicht im Rahmen einer Bürgerinitiative anfechtbar seien.

SELF-ORGANISED

EUROPEAN CITIZENS' INITIATIVE
AGAINST TTIP AND CETA



www.stop-ttip.org

Über eine Million Unterschriften

Die Initiatoren machten kurzerhand aus der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) eine selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (sEBI). Mit Ausnahme der formalen Registrierung bei der EU-Kommission, erfüllt diese sämtliche Vorgaben einer offiziellen EBI. Die Initiative startete am 7. Oktober 2014 und knackte die Eine-Million-Marke in weniger als zwei Monaten. Allein am 11. Oktober wurden im Rahmen eines europaweiten Aktionstages etwa eine Viertel Million Unterschriften gegen TTIP und CETA gesammelt. Gleichzeitig hat das Bündnis, das inzwischen mehr als 300 Organisationen umfasst, Klage vor

dem Europäischen Gerichtshof gegen seine Nichtzulassung durch die EU eingereicht. Auch ver.di und GEW gehören zu den Unterstützerorganisationen.

Forderung nach Verhandlungsstopp

Mit der selbstorganisierten Bürgerinitiative wollen die Bündnispartner politischen Druck aufbauen, um die Verhandlungen über TTIP zu stoppen und eine Ratifizierung von CETA durch EU-Institutionen und Mitgliedstaaten zu verhindern. Gleichzeitig erhebt das Bündnis die Forderung nach einer alternativen Handels- und Investitionspolitik der EU. Weitere Informationen über die Initiative finden sich online unter <https://stop-ttip.org/de/>.

TISA – so nicht!

Ein Gastbeitrag von PD Dr. Norbert Reuter

Viele kennen TTIP, das derzeit verhandelte Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Nicht zuletzt, weil es hierzu eine große und wachsende Protestbewegung gibt. Wenige kennen aber TISA, das geplante internationale Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen. Eine größere Protestbewegung hierzu gibt es (noch) nicht, obwohl rund 50 Länder bereits seit Anfang 2012 über das Abkommen verhandeln. Und obwohl es bei TISA um eine umfassende Liberalisierung aller möglichen Dienstleistungen geht: Von Finanzdienstleistungen bis hin zur öffentlichen Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel die Energie- und Wasserversorgung. Auch bei TISA finden die Verhandlungen im Geheimen statt. Mitte 2014 wurden jedoch Vertragsentwürfe geleakt und ins Internet gestellt. Befürchtungen wurden mehr als bestätigt: Etwa sollen Finanzdienstleistungen zum Vorteil internationaler Finanzkonzerne dereguliert werden. Dabei war die Re-Regulierung der Finanzmärkte eine Lehre aus der letzten großen Finanzkrise. Die USA wollen zudem durchsetzen, dass Personen- und Finanzdaten ungehindert grenzüberschreitend gehandelt werden dürfen. Privatunternehmen soll der Zutritt zur öffentlichen Daseinsvorsorge geöffnet werden. Dies gerade in einer Zeit, in der wegen schlechter Erfahrungen umfangreiche Privatisierungen der Vergangenheit wieder rückgängig gemacht werden. Auf jeden Fall soll eine Wiederverstaatlichung privatisierter Betriebe verboten werden. Überhaupt soll der Stand der erreichten Liberalisierung einseitig festgeschrieben werden: Mehr Liberalisierung geht immer, eine Rücknahme dagegen nicht (Ratchet-Klausel). Auch eine sogenannte „Negativliste“ soll Teil von TISA werden. Dann wären alle Dienstleistungen, die nicht ausdrücklich genannt werden, ein für alle Mal zur Liberalisierung freigegeben. Insofern droht TISA ein Anschlag auf hart erkämpfte soziale Errungenschaften, die öffentliche Daseinsvorsorge und letztlich die ganze Demokratie zu werden. Deshalb müssen wir uns gegen ein solches TISA genauso wehren wie gegen TTIP. Auch dazu sollte der 1. Mai genutzt werden.

Steife Brise für manche Krankenhäuser im Norden

GESUNDHEIT Tarife müssen für alle Beschäftigte auch in privaten Krankenhäusern in der Region überall gleich sein.

TEXT: NATALE FONTANA | VER.DI GEWERKSCHAFTSSEKRETÄR

Während Kliniken im Nordwesten dieser Republik nach zehn Jahren Fallpauschalenregelung einigermassen über die Runden kommen, kämpfen andere mit erheblichen finanziellen Problemen. Im Folgenden zwei Beispiele:

1) Wie verhindern wir eine Privatisierung? War und ist die spannende Frage, die die Beschäftigten der drei Krankenhäuser in Emden (Hans-Susemihl), Aurich und Norden (Ubbo-Emmius) sowie vieler Menschen in der Region schon seit einiger Zeit umtreibt. Alle drei Standorte kämpfen seit Jahren mit roten Zahlen und schaffen es trotz gewaltiger Anstrengungen nicht, aus dem finanziellen Tal herauszukommen. Somit hängt die drohende Privatisierung wie ein Damo-

klesschwert über ihnen.

Vor diesem Hintergrund wird konkret über eine weitere Fusion nachgedacht (Aurich und Norden fusionierten bereits 2004). 2014 wurde eine „Machbarkeitsstudie“ (ein, zwei oder drei Standorte) für ein neu zu bauendes Zentralklinikum vorgestellt – das zentral gelegene Georgsheil für gut befunden.

Nun wird sowohl in der regionalen Parteienlandschaft als auch auf vielen öffentlichen Versammlungen heftig über das Für und Wider eines Zentralklinikums debattiert und gestritten. Die Emotionen kochen zum Teil hoch.

Chancen: Privatisierung kann verhindert werden; zentraler Bereich der Daseinsvorsorge kann weiterhin in öffentlicher Hand bleiben; entlastende Arbeitsbedingungen; Synergieeffekte im Sinne einer Qualitätssteigerung.

Risiken: Personalabbau; Tarifflicht; Neubau und notwendige Infrastruktur werden nicht vollumfänglich finanziert.

Auf Betriebs- und ver.di Versammlungen wurde das Projekt ebenfalls diskutiert – die Vor- und Nachteile abgewogen. Die KollegInnen, vertreten durch die Betriebsräte, tragen das Projekt Zentralklinikum Georgsheil nur mit, wenn im Vorfeld Absicherungen zugesagt werden: Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen; Tarifbindung für ALLE Bereiche durch Mitgliedschaft im kommunalen Arbeitgeberverband; Einhaltung betrieblicher Mitbestimmung; Begleitung der Veränderungsprozesse. Jetzt müssen eindeutiger Signale gesendet werden, so er-

warten Betriebsräte und ver.di nun klare Zusagen im Wege eines sog. „Letters of Intent“ (Absichtserklärung).

2) Seit dem Frühjahr 2015 heißt das Reinhard-Nieter-Krankenhaus „Klinikum Wilhelmshaven“. Seit Herbst 2014 gibt es auch eine neue Führung und fast zeitgleich wurde mit dem ehemaligen St. Willehad-Hospital „fusioniert“. Was jetzt noch fehlt ist ein Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) für ALLE!

Die Stimmung in der Belegschaft ist seit langem auf dem Tiefpunkt. Noch immer gibt es unterschiedliche Vergütungsgrundlagen. Zwar gilt für ca. zwei Drittel der TVöD, aber ebenso gelten für einen Teil sog. „Arbeitsvertragsbedingungen“ mit speziellen Ausformungen für Auszubildende. Und nun kom-

men auch noch die KollegInnen des katholischen St. Willehad, ebenfalls ohne tarifvertragliche Bindung hinzu.

Dieser unhaltbare Zustand, dass KollegInnen für die gleiche Tätigkeit unterschiedlich entlohnt werden, muss aufhören! Seit langem fordert ver.di einen TVöD für ALLE. Im letzten Jahr gab es kein vernünftiges Angebot – wegen Fusion und Geschäftsführungswechsel wurden die Verhandlungen unterbrochen. Am 16. Februar 2015 hat nun der neue Geschäftsführer VertreterInnen der Tarifkommission überraschend mitgeteilt, dass für alle ab 01. Juli 2015 TVöD gelten soll. Es wäre zu wünschen, dass die steife Brise für die Beschäftigten in der Daseinsvorsorge bald nachlässt und sichere, fair bezahlte Arbeitsplätze nicht noch weiter zurückgedrängt werden!

Bessere Integration von Schwerbehinderten

BERATUNG Arbeitskreis Schwerbehinderten-Vertretungen beim DGB in Wilhelmshaven

TEXT: ALBERT-OTTO DE RIESE | ARBEIT UND LEBEN

Schwerbehinderte in den Betrieben und auf dem Arbeitsmarkt haben mit vielfältigen Nachteilen zu kämpfen. Gut abzulesen ist dies z. B. daran, dass die Arbeitslosenquote (ca. 14 % in 2014) für diese Gruppe doppelt so hoch ist wie die generelle Quote (ca. 7% in 2014). Und dies ist leider seit sehr langer Zeit schon so. Daher gibt es eine Reihe von gesetzlichen Regelungen zur Förderung der SB-Beschäftigung und zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze. Diese Regelungen finden sich vor allem im Sozialgesetzbuch IX. Diese Rechtsvorschrift sieht auch die Wahl von Schwerbehindertenvertrauenspersonen (SBV) vor. Diese sollen in den Betrieben und Verwaltungen die Interessen der Schwerbehinderten vertreten, damit die gesetzlichen Schutzvorschriften auch Eingang in die betriebliche Realität finden. Selbstverständlich sollen sie dabei eng mit den Betriebs- und Personalräten zusammenwirken, die eine besondere gesetzliche Verpflichtung haben, auf die Integration von Schwerbehinderten hinzuwirken.

Für eine erfolgreiche SBV-Tätigkeit ist die laufende Qua-

lifizierung der gewählten Vertreterinnen und Vertreter ein unbedingtes Muss. Sozialrechtskenntnisse, arbeitsrechtliches Wissen, der notwendige Überblick zu den Fachinstitutionen und den verschiedenen Fördermöglichkeiten, soziale und kommunikative Kompetenz: all das fällt nicht vom Himmel, sondern muss im Rahmen von Qualifizierung erworben und laufend vertieft und erweitert werden.

Daher wurde schon vor Jahrzehnten der Arbeitskreis Schwerbehindertenvertretungen gemeinsam von ARBEIT UND LEBEN und dem DGB in Wilhelmshaven installiert. Er kommt jährlich ca. achtmal überwiegend im Gewerkschaftshaus Wilhelmshaven zusammen und zwar meist am jeweils letzten Montag im Monat (08.30-12.30 Uhr).

Die weiteren Termine für 2015 sind: 27.04., 29.06., 12.10., 30.11. und 14.12.15. Ergänzend wird noch ein dreitägiges Blockseminar zur Vertiefung wichtiger Inhalte angeboten.

Nähere Informationen gibt es bei ARBEIT UND LEBEN, Klävemannstr. 1, 26126 Oldenburg, Tel. 0441 - 9249014, E-Mail: de.riese@aul-nds.de

IG Metall Emden mit starkem Mitgliederzuwachs

GEWERKSCHAFT Weichenstellung für die Arbeit in der Zukunft

TEXT: FRANK GRABBERT | IG METALL EMDEN GEWERKSCHAFTSSEKRETÄR ♦ FOTO: XXX

1080 neue Mitglieder konnte die IG Metall Emden im vergangenen Jahr begrüßen. Damit haben wir jetzt 18.234 Kolleginnen und Kollegen in unserer IG Metall und konnten unsere Mitgliederstärke im vierten Jahr in Folge weiter ausbauen. Diese positive Bilanz zogen Michael Hehemann, 1. Bevollmächtigter und Herta Everwien, 2. Bevollmächtigte der IG Metall Emden zu Beginn dieses Jahres. „Diese tolle Entwicklung haben wir den vielen ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und unseren Arbeitskreisen zu verdanken, die Tag für Tag die Wichtigkeit einer starken Organisation in den Betrieben und in der Region verdeutlichen. Ob im Jugendbereich oder bei den Senioren, ob in der Region oder den Betrieben, die IG Metall ist präsent und das wird bei den Menschen wahrgenommen und das zeichnet die IG Metall Emden aus“, so Kollegin Everwien in ihren Ausführungen.

Sehr erfolgreich liefen auch die Wahlen der Betriebsräte, der Jugend und Auszubildendenvertretungen und der Schwerbehindertenvertretungen. Die Wahlbeteiligung lag durchschnittlich bei über 80% und mehr als 85% aller gewählten Betriebsräte, Jugend und Auszubildendenvertre-



Die IG Metall ist in Emden stark vertreten.

ter und Schwerbehindertenvertreter sind Mitglied in der IG Metall, so Kollege Hehemann weiter.

Höhepunkt bei den vielen Aktivitäten unserer Verwaltungsstelle war das 50 jährige Bestehen des Volkswagenwerkes Emden, sowie 10 Jahre Frisiapark Emden mit den Zuliefererbetrieben. Mit vielfältigen Aktionen haben wir die Feierlichkeiten zu diesen Jubiläen mitgestaltet. Mit mehr als 300 Teilnehmern war unsere Jugend beim Jugendaktionstag unter dem Motto „Revolution Bildung“ in Köln mit dabei und haben durch weitere Aktionen in unserer Region Aufmerksamkeit erzielen können. Auch auf unsere Senioren und die fünf Wohnbereichsgruppen ist Verlass. So haben sie uns bei vielen Verteilaktionen vor den Betrieben unterstützt und eigene Informationsstände in den

Städten, so zum Beispiel zum Thema Rente, organisiert. Mit der Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie, bei Volkswagen, einigen Töchtern und in verschiedenen Handwerksbereichen wird auch das Jahr 2015 nicht arm an Höhepunkten werden und alle Kolleginnen und Kollegen in ihren jeweiligen Bereichen fordern.

Auch unsere Rechtsschutzstatistik kann sich sehen lassen. So haben die Kolleginnen und Kollegen der DGB Rechtsschutz GmbH in Emden insgesamt 680.338 Euro für unsere Mitglieder im Arbeits- und Sozialrecht erstritten. Der kostenlose Rechtsschutz bei Streitigkeiten im Arbeitsverhältnis oder gegenüber der Agentur für Arbeit, der Krankenkasse, der Berufsgenossenschaft ist eine nicht zu unterschätzende Leistung für unsere Mitglieder.

Gemeinsam für ein tolerantes Miteinander

GEGEN RECHTS Gewerkschaften mobilisieren erfolgreich gegen Ausgrenzung, Rassismus und Antisemitismus

TEXT: DOROTHEE JÜRGENSEN | GESCHÄFTSFÜHRERIN DGB-REGION OLDENBURG-OSTFRIESLAND ♦ FOTOS: DGB LEER (FOTO LINKS) IG METALL VERWALTUNGSSTELLE EMDEN (FOTO RECHTS)



Demo am 23.02.2015 in Leer



Demo vor dem Rathaus am 10.02.2015 in Emden

Mehrere tausend Bürgerinnen und Bürger haben sich in den letzten Wochen eindrucksvoll für ein tolerantes Miteinander stark gemacht. In Esens, Emden, Oldenburg und Leer setzten sie ein klares Zeichen gegen Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus und Rechtspopulismus. Diese Demonstrationen waren wichtig, um Solidarität zu zeigen mit den Menschen, die aufgrund von Krieg, Terror, Verfolgung oder Armut ihre Heimat verlassen mussten und nun als Flüchtlinge und Asylsuchende in unser Land gekommen sind. Kundgebungen und Demonstrationen sind wichtige

Symbole, sowohl für die jüdischen und muslimischen MitbürgerInnen als auch für die MigrantInnen aller Glaubensrichtungen, die seit Jahren hier friedlich leben und mit ihrer Arbeit zu Wachstum, Wohlstand und Vielfalt in Deutschland beitragen. Dadurch zeigen wir unmissverständlich, dass wir uns durch die Hetze und Lügen von Rechtspopulisten, rechten Demagogen und Rassistinnen nicht spalten lassen.

Für uns als Gewerkschaften steht außer Frage die Folgen rechter Strömungen immer wieder zu bekämpfen, aber gleichzeitig geht es uns auch um die Ursachenforschung. Was sind

die Gründe der Zunahme von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung in unserer Gesellschaft.

Es ist „leicht“ die Schwächsten einer Gesellschaft für soziale Abstiegsängste, Arbeitslosigkeit und dem damit verbundenen Werteverlust verantwortlich zu machen, doch diese scheinbare „Analyse“ ist falsch! Das Schüren von Ängsten um die soziale Frage führt in jedem Fall zu einer Gefahr für das soziale Miteinander in unserer Gesellschaft.

Wir Gewerkschaften müssen hier sehr viel mehr Aufklärungsarbeit leisten und klar

und unmissverständlich aufzeigen, wer die wahren Verursacher von Wirtschaftskrisen, steigenden Mieten oder Arbeitslosigkeit sind.

Lasst uns gemeinsam streiten für eine solidarische Gesellschaft, in der Einkommen und Vermögen gerecht verteilt sind. Lasst uns gemeinsam für soziale Verbesserungen, für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen einsetzen und die politisch Verantwortlichen auffordern sich für eine soziale und gerechte Politik einzusetzen, die den Menschen - egal welcher Herkunft und Religion - wieder in den Mittelpunkt des politischen Handelns rückt.

Für eine solidarische und gerechte Gesellschaft – Gemeinsam gegen Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus und Rechtspopulismus!

INFO

Die DGB Region Oldenburg-Ostfriesland wird sich mit dem Thema Rechtspopulismus und extreme Rechte in Deutschland in einem Seminar auseinandersetzen.

Wir werden die Folgen von PEGIDA und Co. analysieren, die Ursachen klar und deutlich benennen sowie perspektivisch Strategien entwickeln!

Seminar findet statt: vom 26. bis 27. Juni 2015!

DGB-Filmpreis reloaded

KULTUR Gewerkschaftsbund vergibt auf dem diesjährigen Filmfest Emden Preisgelder in Höhe von 7.000 Euro

TEXT: TINA KOLBECK-LANDAU | DGB BEZIRK NIEDERSACHSEN BREMEN SACHSEN-ANHALT

Alles neu macht der Mai, auch den Filmpreis des DGB-Bezirks Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt. Der wird zwar erst am 10. Juni verliehen, aber die Auswahl der nominierten Filme beginnt schon einige Wochen vorher. Bis Ende März lief die Frist, bis zu der Filmschaffende ihr Werk beim 26. Internationalen Filmfest Emden-Norderney einreichen konnten. Im April und Mai entscheidet die Leitung des Filmfestes in Rücksprache mit dem DGB, welche Filme für den Gewerkschaftspreis nominiert werden.

Der DGB-Filmpreis zeichnet Regisseurinnen und Regisseure aus, die sich wichtigen sozialen Themen widmen. Seien es gute Arbeitsbedingungen, Gleichberechtigung von Männern und Frauen oder Diskriminierung von Menschen wegen ihrer Hautfarbe oder Herkunft. Im vergangenen



Filmpreis des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Emden.

Jahr gewann die Regisseurin Erica Moeller mit ihrem Spielfilm „Sternstunde ihres Lebens“. 7.000

Euro erhielt die Künstlerin dafür. Die Geschäftsführerin der DGB-Region Oldenburg-Ostfriesland

Dorothee Jürgensen überreichte den Filmpreis bei der Gala im Neuen Theater in Emden.

Das historische Drama mit Iris Berben und Anna Maria Mühle in den Hauptrollen erzählt die Geschichte von Elisabeth Selbert, die als „Mutter des Grundgesetzes“ in die Geschichte eingegangen ist. Bei ihrem Kampf um die Gleichberechtigung der Frauen in der deutschen Nachkriegszeit erhält sie Unterstützung von ihrer jungen Sekretärin. Zusammen schaffen sie es, „die Frau von der Straße“ für ihre Idee zu mobilisieren und erleben damit einen grandiosen Triumph. Überaus spannend erzählt „Sternstunde ihres Lebens“ ein eher unbekanntes Kapitel der Nachkriegsgeschichte, das den Grundstein für die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Gleichberechtigung legte.

Wer den DGB-Filmpreis 2015 erhalten wird, entscheiden die Besucherinnen und Besucher des Filmfestes in Emden. Sie stimmen ab, wie gut ihnen die Filme gefallen und der Film mit der besten Bewertung gewinnt.

In diesem Jahr wird das DGB-Filmgespräch zum ersten Mal im Forum der VHS stattfinden. Am Freitag, den 5. Juni wird Michael Kleinschmidt vom Kölner Institut für Kino und Filmkultur dort die nominierten Filme vorstellen und das Gespräch mit den Filmschaffenden führen. Der Eintritt für das Filmgespräch ist frei. Wir laden herzlich zum Besuch ein.

In voller Länge sind die Filme dann natürlich während des Filmfestes in den Kinos zu sehen. Also auf in die Kinos in Emden und Norderney und mitbestimmen, wer am 7. Juni den DGB-Filmpreis in den Händen halten soll!

Satirische Lyrik zum Tag der Arbeit

KULTUR Polit-Poet Thorsten Stelzner kommt am 30. April nach Wilhelmshaven

TEXT: DANNY SCHNUR ♦ FOTO: AGENTUR/KÜNSTLER

Ganz Deutschland befindet sich im Griff von selbsternannten Comedians, die das Niveau auf ein lange undenkbares Tief senken. Ganz Deutschland? Nein! Einige Unerschrockene unterhalten ihr Publikum auch weiterhin auf hohem Niveau. Zu ihnen gehört der Braunschweiger Polit-Poet Thorsten Stelzner, der seine erfrischend andere Sicht in liederlicher Lyrik, beißender Satire und gesellschaftskritischen Kolumnen präsentiert. Seit mehr als einem Vierteljahrhundert veröffentlicht der 1963 geborene Stelzner Bücher und CDs, absolviert Auftritte und stand bereits mit Konstantin Wecker auf der Bühne. Gegen eine simpel strukturierte Welt, einfache Feindbilder und ein uniformiertes Leben setzt Stelzner mit seiner unverwechselbaren Stimme auf Achtung, Respekt und Toleranz jenseits von Betroffenheitslyrik und Klientelsatire. Wenn der Berufsnörgler über drohende Drogen redet, das Gütesiegel Gutmensch verleiht oder nachfragt, wie wirksam das WIR wirklich ist – dann erwartet das Publikum ein anregender und unterhaltsamer Mix aus politischen, philosophischen und gesellschaftskritischen Texten und Gedichten. Mit seiner rauchigen Bühnenstimme jongliert Stelzner mit Worten und verwirbelt die verschiedenen Genres zu seinem ganz eigenen Stil. Mit seinem neuen Programm „Frontal“ im Gepäck kommt Thorsten Stelzner am 30. April 2015 um 20 Uhr ins Pumpwerk Wilhelmshaven, Karten sind im



Vorverkauf über das Pumpwerk und an der Abendkasse erhältlich. Am nächsten Tag ist er zu Gast bei der DGB-Veranstaltung zum 1. Mai auf dem Pumpwerk-Gelände in Wilhelmshaven unter dem Motto „Die Arbeit der Zukunft gestalten wir“. Anlässlich des 125-jährigen Jubiläums des „Tag der Arbeit“ seziert Stelzner gewerkschaftliche Themen wie Mindestlohn, Arbeitsverdichtung und Mitbestimmung. Mehr Informationen auf der Homepage von Thorsten Stelzner: <http://www.thorsten-stelzner.de>

INFO

30. April 2015, 20 Uhr:
Thorsten Stelzner
im Kulturzentrum Pumpwerk (Banter Deich 1a, 26382 Wilhelmshaven), Karten im VVK: 14,20 €, erhältlich ab sofort im Pumpwerk, Abendkasse: 15 €.

Frontal Live:
Satirische Lyrik zum Tag der Arbeit

Polit-Poet Thorsten Stelzner
kommt mit seinem neuen
Programm nach Wilhelmshaven



Als soziales Dienstleistungsunternehmen mit den Schwerpunkten Weiterbildung, Kulturarbeit und Kulturelle Bildung, Qualifizierung, Beschäftigungsförderung und Betreuung sind wir wohnortnah für Sie da.

Mit unserer Tätigkeit als Mehrgenerationenhaus, Seniorenservicebüro und Pflegestützpunkt bieten wir Ihnen zukünftig einen erweiterten Service.

Sprechen Sie uns an, besuchen Sie uns!



Uffenstraße 1
26506 Norden
Telefon: 04931 924-123
www.vhs-norden.de



Wir sind Ihr Partner in allen Fragen der Rentenversicherung und gerne für Sie da!

Auskunfts- und Beratungsstelle Oldenburg
Huntestraße 11, 26135 Oldenburg
Telefon 0441 927-0
Telefax 0441 9272880

montags - mittwochs	08.00 -16.00 Uhr
donnerstags	08.00 -18.00 Uhr
freitags	08.00 -12.00 Uhr

Ihr heißer Draht zur Deutschen Rentenversicherung Oldenburg-Bremen!
Service-Telefon 8000 100048028

montags - donnerstags	08.00 -17.00 Uhr
freitags	08.00 -14.00 Uhr

www.drvo-oldenburg-bremen.de

...weiterlernen!



Oldersumer Straße 65-73 ♦ 26605 Aurich
Telefon: 04941 9580-0 ♦ Telefax: 04941 9580-95
E-Mail: info@kvhs-aurich.de ♦ Home: www.kvhs-aurich.de

Die KVHS Aurich, eine der umfassendsten Weiterbildungseinrichtungen in der Nord-West-Region:

- ♦ über 600 Kurs- und Lehrgangsangebote
- ♦ zertifizierte Qualifizierungen, Ausbildungen und Umschulungen in 16 Berufsfeldern
- ♦ professioneller Partner für betriebliche und institutionelle Schulungen, Weiterbildungen und Trainings.



Berufsbegleitende Fortbildungen:
Führungstraining für Frauen

Berufliche Fortbildungen:
Betreuung und Pflege in der Seniorenarbeit
Einstieg in Ausbildung
Vorbereitung auf die Externenprüfung Hauswirtschaft
Projektmanagement und Kompetenzentwicklung für höherqualifizierte Erwerbslose

Betriebs- und Personalräteschulungen
kompetent und praxisnah in Ihrer Region

Bildungswerk ver.di in Niedersachsen e.V., Region Nordwest, Donnerschwer Str. 84, 26123 Oldenburg, Tel. 0441 / 980805-0, Fax 0441 / 980805-22, oldenburg@bw-verdi.de, www.bw-verdi-oldenburg.de

12 PROGRAMM

Maifeiern in Oldenburg, Aurich, Emden, Papenburg, Brake, Norden, Norderney und Aurich

www.dgb.de

MAI PROGRAMM

IN DER DGB-RE

Emden

1. Mai 2015



- 9:30 Uhr** **Ökumenischer Gottesdienst**
Große Straße
- 10:45 Uhr** **Demonstration**
Treffen: Große Straße
- 11:30 Uhr** **Maikundgebung**
Am Stadtgarten
- Eröffnung:** **Horst Götze**
DGB Stadtverbandsvorsitzender Emden
- Grußwort:** **Bernd Bornemann**
Oberbürgermeister der Stadt Emden



Mairede:
**Wolfgang Uellenberg
van Dawen** Foto links
ver.di Bundesvorstand

Anschließend das Maifest für die ganze Familie!

Aurich

1. Mai 2015



- ab 11:00 Uhr** **Maifeier in Aurich**
Marktplatz
- Eröffnung:** **Werner Schlender**
DGB Kreisverbandsvorsitzender
- Grußwort:** **Sebastian Schulze**
Ortsbürgermeister Aurich-Mitte



Mairede: Ulrich Gransee
DGB Bezirk Niedersachsen-Bremen-
Sachsen-Anhalt Foto links

Musik: All Ages

Anschließend das Maifest für die ganze Familie!

Oldenburg

30. April 2015



- 18:00 Uhr** **Ökumenischer Gottesdienst**
Lambertikirche
- 19:00 Uhr** **Rock gegen Rechts**
auf dem Rathausmarkt
- Bands:** **Out of Ashes**
Groove Garderobe
Beatpeten

1. Mai 2015

- 10:30 Uhr** **Aktionen**
Rund um den Rathausmarkt
- 11:30 Uhr** **Maikundgebung**
Rathausmarkt
- Mairede:** **Jan Duscheck**
ver.di-Bundesjugendsekretär
- Musik:** **Sangesfolk**

Anschließend das Maifest für die ganze Familie mit vielen
Informationen, Mitmachaktionen und Musik!

Papenburg

1. Mai 2015



- ab 11:00 Uhr** **Maifeier in Papenburg**
Ölmühlenplatz vorm Zeitspeicher
- Eröffnung:** **Anton Henzen**
DGB Kreisverbandsvorsitzender
- Grußworte:** **Jan Peter Bechtluft**
Bürgermeister der Stadt Papenburg
Gerrit Weusthof Pastor
- Mairede:** **Dr. Patrick Schreiner**
DGB Bezirk Niedersachsen-Bremen-
Sachsen-Anhalt
- Musik:** **Easy Living**

Anschließend das Maifest für die ganze Familie!

Brake

1. Mai 2015



- 10:00 Uhr** **Gottesdienst mit**
Pfaffer Dirk Jährg
Postplatz Brake
- 10:30 Uhr** **Maikundgebung**
Postplatz Brake
- Eröffnung:** **Uwe Peglau**
DGB Ortsverbandsvorsitzender Brake
- Mairede:** **Olaf Damerow**
IG Bauen Agrar Umwelt
Bezirksverband Nordwest-Niedersachsen
- Grußwort:** **Carsten Grümbel**
Arbeitslosenzentrum Brake
- Musik:** **BSW-Orchester Brake** Foto oben

Anschließend das Maifest für die ganze Familie!

Delmenhorst

1. Mai 2015



- 10:30 Uhr** **Demonstration**
Treffen Lange Straße 72 ab 10:00 Uhr
- 11:15 Uhr** **Maikundgebung**
Bismarckplatz
- Eröffnung:** **DGB Stadtverband Delmenhorst**
- Mairede:** **ArbeitnehmerInnen-Vertreter**
der Einzelgewerkschaften
- Musik:** **West-Coast-Twins**

Für das leibliche Wohl ist gesorgt.

MM 2015

REGION OLDENBURG-OSTFRIESLAND



Wilhelmshaven

1. Mai 2015



ab 11:00 Uhr **Maifest Wilhelmshaven**
Pumpwerk

Eröffnung: **Axel Opitz**
DGB Stadtverbandsvorsitzender

Mairede: **Thorsten Stelzner**
Polit-Poet seziert gewerkschaftliche Themen

Musik: **The International Vagabond Orchester**

Anschließend das Maifest für die ganze Familie! und der street-soccer-contest des Jugendparlaments Wilhelmshaven

Nordenham

1. Mai 2015



ab 10:00 Uhr **Demonstration**
Treffen am Bahnhofsvorplatz ab 9.30 Uhr

ab 11:00 Uhr **Maikundgebung**
Jahnhalle

Eröffnung: **Mustafa Dogan**
DGB Kreisverbandsvorsitzender
Wesermarsch



Mairede: Vera Ackermann
Foto links
IG BCE Bezirksverband Oldenburg

Musik: Gruppe „Jasch“

Anschließend das Maifest für die ganze Familie!

Varel

1. Mai 2015



ab 11:00 Uhr **Maifeier in Varel**
an der Weberei

Eröffnung: **Lothar Bredemeyer**
DGB Kreisverbandsvorsitzender Friesland

Mairede: **Stefan Störmer**
GEW Bezirksvorsitzender Weser-Ems

Im Anschluss: Interviews zu aktuellen Themen mit:
Sven Ambrosy, Landrat des Landkreises Friesland und
Gerd-Christian Wagner, Bürgermeister von Varel

Musik: „2-3 oder 4“ Foto oben
Evergreens mal anders!

Anschließend das Maifest für die ganze Familie!

Cloppenburg

12. Mai 2015



Dienstag, 12. Mai 2015

19:00 Uhr **Empfang zum Tag der Arbeit**
des DGB Kreisverbandes Cloppenburg
Hotel Schlömer, Bahnhofstraße 17,
49661 Cloppenburg

Thema: „Menschenwürde und Armut“

Rede: **Katja Kipping, MdB** Foto oben

Anschließend Diskussion und Klönschnack

Anmeldungen erbeten bis zum 4.5.2015
unter Telefon 0441 2187610, per E-Mail: oldenburg@dgb.de
oder per Antwortschreiben

Norden

1. Mai 2015



ab 11:00 Uhr **Maifest**
Forum des WBZ

Eröffnung: **Hans Forster**
DGB Ortsverbandsvorsitzender

Grußwort: **Harm-Udo Wäcken**
stellv. DGB Ortsverbandsvorsitzender



Mairede:
Natale Fontana Foto links
ver.di Bezirk Weser-Ems

Musik: Goutbones

Anschließend das Maifest für die ganze Familie!

Norderney

1. Mai 2015



ab 11:15 Uhr **Maifeier auf Norderney**
Kurplatz

Eröffnung: **Jan Harms**
DGB Ortsverbandsvorsitzender



Mairede:
Carsten Schlepper Foto links
ver.di Bezirksvorsitzender Weser-Ems

Musik: Albertus Akkermann

Anschließend das Maifest für die ganze Familie!

Danny Schnur

Der Mindestlohn ist da. Ist nun endlich alles gut?
Es war ein langer und beschwerlicher Weg, mit vielen Höhen und Tiefen, doch jetzt ist er endlich da. Seit dem 1.1.2015 gilt für alle Beschäftigten in Deutschland ein einheitlicher, gesetzlicher und flächendeckender Mindestlohn. Damit ist es gesetzlich verboten, Löhne unter 8,50 € pro Stunde zu zahlen. Auch wenn für uns Gewerkschaften der Abschluss von Tarifverträgen das oberste Ziel sein muss, ist der Mindestlohn ein richtiger und wichtiger Schritt auf dem Weg, sowohl Sozial- und Lohndumping als auch Einkommensarmut in Deutschland zu verhindern. Wir haben unsere KollegInnen aus den Kreis- und Stadtverbänden gefragt, welche Erfahrungen sie auf dem langen Weg bis zur Einführung des Mindestlohns gemacht haben und wie sie die Lohnuntergrenze heute einschätzen.

Interview-Runde mit den Stadt- und Kreisverbänden...



Karl Stomberg

Stellv. Vorsitzender
Kreisverband Leer
Gewerkschaft: IG BCE

Der Mindestlohn ist da. Ist nun endlich alles gut?
Die einen möchten ihn streichen oder nach Gutdünken verändern, die anderen möchten ihn noch verbessern. Der allgemein gesetzliche Mindestlohn ein streitbares Mittel zur Abschaffung des hochherrschaflichen Entlohnungssystems zu Lasten der Allgemeinheit und des jeweiligen abhängigen Arbeitnehmers zur Gewinnoptimierung einer verantwortungslosen Unterbezahlung. Den Einwand der Wirtschaft einer unmöglich zu leistenden Bürokratie, kann man so nicht gelten lassen, denn zu einer guten Buchführung gehört auch die optimale Einsatzplanung der Beschäftigten und die daraus entstehende Entlohnung. Den Beschäftigten wird es gut-tun durch eine menschenwürdige mit Achtung und Selbstwertgefühl abseits der Aufstockungsbeträge durch die Allgemeinheit ihren existenziellen Lebensunterhalt verdienen zu können. Die Zukunft des gesetzlichen Mindestlohnes, kann nur durch eine kontinuierliche Bewertung der Höhe und Anwendung auf einen lang-anhaltenden Erfolgskurs gebracht werden. Die momentane Situation der Halbherzigkeit der Entscheidungen zur Umsetzung und Kontrolle der anzuwendenden Gesetze und den Behinderungen der Lobbyisten drängt den Erfolg ins Abseits. Der gesetzliche Mindestlohn ist eine Garantie für die Erholung der öffentlichen Hand durch die entfallende Aufstockung der Niedriglöhne und der Beginn einer möglichen Verbesserung einer zu erwirtschaftenden Grundrente der einzelnen Beschäftigten. Als verantwortungsbewusste Gewerkschafter dürfen wir nicht nachlassen in unseren Bemühungen, den durch uns geschaffenen vorerst akzeptablen Zustand der gerechten Entlohnung, den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, in eine erfolgreiche Zukunft zu führen.

Nach dem Auslaufen der zweijährigen Ausnahmeregelung im Mindestlohngesetz für einzelne Branchen, werden wir uns mit der Eingliederung der Personen und Beschäftigungsgruppen beschäftigen müssen, die zur Zeit noch ausgeschlossen sind. Es kann und darf nicht soweit kommen, das Langzeitarbeitslose, Jugendliche und PraktikantenInnen zur Unterwanderung des Mindestlohngesetzes dienen müssen. Als Arbeits- wie auch Sozialpolitisches Sprachrohr aller abhängigen ArbeitnehmerInnen, werden wir die Fertigstellung dieser „Baustellen“ mit unseren Argumenten und Aktionen auf den, für alle, richtigen Weg bringen.



Horst Götze

Vorsitzender Stadtverband
Emden
Gewerkschaft: IG Metall

Wer profitiert deiner Meinung nach eigentlich vom Mindestlohn?
Vom Mindestlohn profitieren in erster Linie endlich die Menschen, die bisher mit Hungerlöhnen abgespeist wurden. Der Staat hat durch den Mindestlohn ebenfalls einen Nutzen, weil viele Löhne, die in Arbeit sind keine Aufstockung mehr beim Jobcenter beantragen müssen. Die frei werdenden Gelder und die Reduzierung der Verwaltungskosten könnten z.B. für qualifizierte Weiterbildungs- und zielgerichtete Eingliederungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose verwendet werden. Für die hiesigen Unternehmen wird die Wettbewerbssituation bei der Anbahnung von Aufträgen und Ausschreibungen wieder etwas gerechter.

Ihr habt 2009 eine Mindestlohtour veranstaltet, wie würdest du sie rückblickend bewerten und findest du, dass eure damaligen Forderungen nun mit der Einführung des Mindestlohnes erfüllt sind?
Ich würde sagen ein Anfang ist gemacht. Wir haben, wenn auch zurzeit noch nicht in allen Branchen endlich einen Mindestlohn auch in Deutschland. Mit der Milo-Tour und mit unseren beharlichen DGB Aktionen haben wir großen Anteil daran, dass der Mindestlohn nun endlich Wirklichkeit geworden ist. Die Höhe des jetzigen Mindestlohns von 8,50 € hätte aus meiner Sicht schon zum Einstiegsstichtag höher sein müssen, da die Lebenshaltungskosten, Miete und Nebenkosten sich seit der Festlegung auf 8,50 € doch drastisch erhöht haben. Die Höhe des Mindestlohns muss schnellstens angepasst werden. Die Ausnahmeregelungen, wie beispielsweise bei SchülerInnen unter 18 Jahren oder Langzeitarbeitslosen in den ersten sechs Monaten halte ich für nicht gerechtfertigt, hier müssen wir uns weiter dafür einsetzen das sie aufgehoben werden.



Benno Schwarz

Vorsitzender Kreisverband
Cloppenburg
Gewerkschaft: IG Metall

Was kann ich als ArbeitnehmerIn tun, wenn mir der Mindestlohn vor-enthalten wird? Wohin kann oder soll ich mich wenden?

Der gesetzliche Mindestlohn ist zum 1. Januar 2015 mit 8,50 € Brutto endlich in Deutschland Gesetz geworden. Minijobbern bis 450€ Brutto gleich Netto! Also bis zu 52 Stunden im Monat!

Wird er auch von allen Arbeitgebern so gezahlt?

Zurzeit, wird in den hiesigen Medien heftigst über den riesigen Aufwand bei der Arbeitszeiterfassung, der zu dokumentieren ist, debattiert. Vorreiter ist mal wieder die CSU!

Haben wir im Oldenburger Münsterland, im Jahr 2014 nicht oft genug in der Presse über Ausbeutung, menschenunwürdige Wohnbedingungen und Arbeitsentgelte von 3,50 € bis max. 6,00 € oder gar der Lohnenthaltung lesen müssen! Es gibt noch genügend „schwarze Schafe“ unter den Arbeitgebern, die billige Arbeitskräfte aus dem Ausland nach Deutschland holen und ihre Unwissenheit ausnutzen.

Der verheerende Brand in Papenburg, zwei Rumänen, Leiharbeiter auf der Meyer-Werft, starben in den Flammen einer völlig überbelegten Unterkunft, sind nur die Sperrspitze dieser ArbeitnehmerInnenentrechtung.

Dies war u.a. der Anlass mit dem DGB in Zusammenarbeit mit Arbeit und Leben Oldenburg und dem Wirtschaftsministerium eine Mobile Beratungsstelle einzurichten! Die Nachfrage nach Hilfe ist groß. Auch hat der DGB im Zuge der Einführung des Mindestlohns eine Hotline zur Beantwortung von Fragen um den Mindestlohn eingerichtet! Ratsuchende können ihre Fragen in Bulgarisch, Deutsch, Englisch, Kroatisch, Mazedonisch, Polnisch, Rumänisch, Serbisch, Türkisch und Ungarisch beantworten lassen.

Auch haben wir in Cloppenburg ein Netzwerk für Menschenwürde in der Arbeitswelt. Dies ist ein Zusammenschluss von 14 regionalweit agierenden Organisationen aus Gewerkschaften, Kirchen, Politik und Agrar. Gemeinsam verfolgen wir das Ziel, ein Ende des menschenverachtenden Umgangs mit ArbeitnehmerInnen in unserer Region zu erreichen!

Beratung samstags von 15 bis 17 Uhr im „Forum“, Kirchengemeinde St. Andreas in 49661 Cloppenburg, Sevelter Str. 4.

In den regelmäßigen Sprechstunden des DGB CLP im DGB Büro, 49661 Cloppenburg, Soestenstrasse 10, können mittwochs von 10 Uhr bis 18 Uhr alle aktuellen Probleme um den Mindestlohn und darüber hinaus besprochen werden. Tel.: 04471 - 3028

RÜCKBLICK:

Am 13.Mai 2014, Vortrag zum Mai-Empfang des DGB in CLP: „Reiches Deutschland - armes Deutschland“ Prälat Kossen geißelte den Umgang mit Wanderarbeitern als Sklaverei und Sozibetrug an.



Mustafa Dogan

Vorsitzender
Kreisverband Wesermarsch
Gewerkschaft: IG Metall

Um den Mindestlohn zur Einführung zu bringen, mussten die Gewerkschaften sich einiges einfallen lassen. Auch die DGB Region Oldenburg-Ostfriesland hat sich kreativ mit Aktionen daran beteiligt. Welche Aktion war für dich die Interessanteste und warum?

Wir als aktive GewerkschafterInnen kämpfen seit vielen Jahren für den Mindestlohn und haben nie aufgegeben für ihn zu streiten. Es ist unser Erfolg, dass er nun endlich da ist! Mit vielen kreativen Ideen, konnten wir den politischen Druck so erhöhen, dass die politisch Verantwortlichen nicht umhin gekommen sind, den gesetzlichen Mindestlohn schlussendlich einzuführen. Jedoch hat sich leider gezeigt, dass er nicht wie von uns gefordert für alle gilt, sondern das es konstruierte und wenig nachvollziehbare Ausnahmen gibt. Hier heißt es für uns: Dran bleiben! Denn die Zukunft der Arbeit gestalten wir! Persönlich kann ich mich nicht für die eine Aktion entscheiden, die am Interessantesten war. Vielmehr ist es die Vielfalt der unterschiedlichen Aktionen. Als sehr gelungene Aktion finde ich aber die Mindestlohn-Fahrrad-Tour von 2009, weil wir hier kreis- und stadtverbandsübergreifend in der DGB Region agiert haben. Zudem haben wir in der Wesermarsch im letzten Jahr eine Veranstaltungsreihe zum Thema „prekär beschäftigt: befristet-benutzt-billig“ organisiert, um die Vielfalt und die Auswirkungen von Lohn- und Sozialdumping aufzuzeigen. Aber ich möchte noch einmal betonen, wir bleiben dran und streiten weiter für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen.

Wir bieten Ihnen:

- Bildungsurlaube für ArbeitnehmerInnen mit interessanten Themen aus Ökologie, Wirtschaft, Neue Informationstechnologien, Rhetorik, Niederländisch
- Gemeinsame Fortbildungen für ElternvertreterInnen in den Schulen und Schulvorständen
- Spezielle Seminare für SeniorInnen
- Internationale Begegnungen mit Jugendlichen aus ganz Europa und darüber hinaus

Bei eigenen Seminarwünschen sind wir gern behilflich. Nutzen Sie auch unser Tagungshaus für eigene Veranstaltungen. Wir bieten Unterkunft in komfortablen Zimmern bei guter Küche in angenehmer Atmosphäre.

Bitte sprechen Sie uns an.

Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule e.V.

- Europahaus Aurich -

Von-Jhering-Straße 33, 26603 Aurich

Tel.: 04941 9527 -0 Fax: 04941 9527 27

Mail: info@europahaus-aurich.de

www.europahaus-aurich.de



Axel Opitz

Vorsitzender Stadtverband
Wilhelmshaven
Gewerkschaft: IG Metall

Der Mindestlohn ist nun da, aber wie bewertest du ihn als Gewerkschafter?
Als politisch interessierter und aktiver Gewerkschafter ist es erst einmal positiv einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland zu haben. Trotz aller Widerstände wohl-gemerkt. Für mich persönlich ist die nicht flächendeckende Einführung (zu viele unbegründete Ausnahmen) ein noch zu lösendes Problem. Weiter ist er aus meiner Sicht zu niedrig angesetzt. Mein Vorschlag dazu wäre, eine tabellenwirksame Erhöhung gebunden an die bundesdurchschnittliche Tarifierhöhung nach erfolgreichen Tarifverhandlungen. Ein weiterer konsequenter Schritt wäre die Rücknahme der Stundenzahl die sogenannte Minijobber (450 € Kräfte) derzeit noch arbeiten dürfen sowie klare Regelungen bei Werkverträgen etc.



Werner Schlender

Vorsitzender Kreisverband
Aurich
Gewerkschaft: ver.di

Welche Risiken bringt der Mindestlohn für dich als Gewerkschafter mit sich? Wo müssen wir noch weiterhin mit Aktionen für die Rechte der Beschäftigten kämpfen?
Risiken sehe ich in dem Mindestlohngesetz keine. Jedoch bestehen Gefahren in den Angriffen auf das Gesetz. Es gibt bekanntlich schon viele Ausnahmen vom Mindestlohn. Und nach dem Willen der Arbeitgeber sollen es noch weit mehr werden. Außerdem bemängeln die Arbeitgeber und auch große Teile der Unionsparteien die Zeiterfassung in den Betrieben. Meiner Meinung nach bestehen hier die Risiken, da die Union bereit ist, den Arbeitgebern nachzugeben. Ich meine, dass wir genau dort ansetzen müssen und unsere Aktionen darauf konzentrieren sollten, dieses zu verhindern.

40 Jahre Kooperationsvertrag Universität - Gewerkschaften

HOSCHULE Kooperationen zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Arbeitswelt wird zukünftig immer wichtiger

TEXT: HARALD BÜSING | KOOPERATIONSSTELLE HOCHSCHULE-GEWERKSCHAFTEN ♦ FOTO: HARALD BÜRSING

Am 17.12.1975 wurde der Kooperationsvertrag zwischen der Universität Oldenburg, dem DGB Landesbezirk Niedersachsen/Bremen und der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben, Niedersachsen abgeschlossen.

Aus diesem Anlass veranstaltete die Kooperationsstelle Hochschule-Gewerkschaften am 13.2.2015 in den Räumen der Universität eine Tagung mit dem Titel: „Elfenbeinturm Wissenschaft? Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung“. Es ging dabei um Einblicke in die durchaus schwierigen Vorarbeiten und den Start dieses Vertrages, aber auch um mögliche Perspektiven für die Kooperation Wissenschaft – Arbeitswelt.

Das Interesse an dieser Tagung war so groß, dass die vorbereiteten 130 Sitzplätze im Bibliothekssaal der Universität nicht ausreichten. Teilgenommen haben viele Gewerkschafter und Hochschulangehörige aus der Anfangszeit der Kooperation, KollegInnen aus Interessenvertretungen, Lehrende der Hochschule, Studierende, VertreterInnen aus der Politik und Gewerkschafter; die Präsidentin der Universität und zwei VizepräsidentInnen.

In den Vorträgen und Grußworten wurden unterschiedliche Sichtweisen auf die Praxis der Kooperation zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt vorgestellt; diese ergänzt um Einblicke in die aktuelle Situation an der Uni Oldenburg bzw. die Hochschulen insgesamt – mit dem erheblichen Anteil an befristeten Arbeitsverhältnissen, dem Bedarf an externer Finanzierung (Drittmittelaufkommen) und den Verbindungslinien zwischen Wissenschaft und gesellschaftlicher Praxis.

Der auffälligste Unterschied zwischen der Zeit des Vertragsabschlusses und heute besteht in der Ablehnung bzw. Akzeptanz solcher Kooperationsbeziehungen in den Wissenschaften und in der Öffentlichkeit. Scheiterte 1975 noch der erste Vertragsentwurf an Bedenken aus Politik (mit Debatten im Bundes- und Landtag) und Gewerkschaften bevor dann zum Ende des Jahres 1975 ein veränderter Vertrag unterschrieben wurde, so verlaufen diese Auseinandersetzungen heute viel weniger öffentlich und spektakulär. Grundsätzlich ist die Verbindung von Wissenschaft und verschiedenen gesellschaft-



Knapp 150 Teilnehmer kamen zur Tagung der Kooperationsstelle Hochschule-Gewerkschaften nach Oldenburg in die Universität

lichen Gruppen heute weitgehend akzeptiert. Der Praxisbezug ist eine Verpflichtung, die sowohl bei der Veränderung der Studienstruktur in Bachelor/Master Abschlüsse vorgegeben wurde als auch in zahlreichen Kooperationsformaten mit Unternehmen umgesetzt wird. Die Wissenschaft-Praxis Kooperation wird weniger als Bedrohung, denn als Chance für beide Seiten verstanden – offen bleibt, welche der Seiten die Chancen wie nutzt. Die Differenzen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Sphären oder Institutionen (Hochschulen, Betriebe, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Initiativen) bleiben damals wie heute bestehen. Diese Differenzen beziehen sich z.B. auf unterschiedliche Zeitvorstellung für Ergebnisse, auf Zielvorgaben für einen Forschungsprozess oder auf die Praxisausrichtung wissenschaftlicher Forschung.

Dr. Jürgen Weißbach skizzierte die besonderen Bedingungen für die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Gewerkschaften in Oldenburg. Schon vor der Universitätsgründung 1974 wurden für Lehramtsstudierende der Pädagogischen Hochschule Industriepraktika in Betrieben der Region organisiert – den StudentInnen sollte ein Einblick in die Arbeits- und Lebensbedingungen der Eltern vermittelt werden, deren Kinder sie nach dem Studium unterrichten würden.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen und der Einflussnahme der Gewerkschaften in Oldenburg für den Universitätsstandort lag es nahe, nach der Universitätsgründung diese Kooperationspraxis zu erweitern und vertraglich zu vereinbaren. Die Vertragsbe-

ziehung war jedoch außerhalb von Oldenburg sowohl bei den Gewerkschaften, in der Wissenschaft wie auch in der Politik sehr umstritten. Befürchtet wurden fremde Einflussnahmen auf Wissenschaft und Gewerkschaften, eine Bedrohung für die Freiheit der Forschung oder auch eine Gewerkschaftsuniversität in Oldenburg. Trotz der positiven Vorbedingungen für die Kooperationsbeziehungen Wissenschaft - Arbeitswelt gestaltete sich der Start in Oldenburg sehr schwierig.

In den ersten Jahren der Kooperationspraxis wurden Forschungs- und Beratungsprojekte mit sehr vielfältiger Ausrichtung – von der Erforschung gefährlicher Arbeitsstoffe über Arbeitsmarkt- und Regionalanalysen, Kleinprojekten regenerativer Energieerzeugung bis zur Erforschung von Lärmquellen in Produktionsprozessen und deren Beeinflussung – gestartet.

Der DGB Vorsitzende Reiner Hoffmann verwies auf die dringend notwendige Fortsetzung der Demokratisierung der Hochschulen und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Hochschulen selbst – wo ein wachsender Teil der wissenschaftlichen Arbeitsverhältnisse unterhalb der Professuren befristet sind. Hochschulen in Deutschland erfüllen in zunehmendem Maße Ausbildungsfunktionen. Die Praxisanforderungen an diese Ausbildung steigen; diese Anforderungen zu erfüllen bedarf es nach Reiner Hoffmann eines verbesserten Austausches zwischen den Hochschulen und verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen, wie den Gewerkschaften.

Durch die beschleunigte Digitalisierung in Industrie- und Dienstleistungsarbeit nimmt

nach Einschätzung der Gewerkschaften die Veränderungsgeschwindigkeit in der Arbeit zu. Dies zu erforschen und damit Gestaltungsanforderungen an die Arbeit der Zukunft zu beantworten muss deshalb stärker Thema wissenschaftlicher Forschung und der Lehre in den Hochschulen werden. Arbeitsorganisation, Raum- und Zeitstrukturen in Arbeitsprozessen wandeln sich in immer kürzeren Zeitabständen – deshalb sei Arbeitsforschung aktueller denn je.

Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie erläuterte seine These, dass es zukünftig dringender denn je Räume des Zusammenkommens von Wissenschaft und Gesellschaft bzw. Arbeitswelt geben müsse. Denn diese sind von zentraler Bedeutung für die

Anwendung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse – sie sind ebenfalls für die Entwicklung gesellschaftlich relevanter Forschungsfragen ausschlaggebend.

Nach Schneidewind zeigen die zentralen gesellschaftlichen Umbrüche Zusammenhänge zwischen ökonomischen und ökologischen Konfliktlinien. Die wissenschaftliche und gesellschaftliche Auseinandersetzung damit erfordert neue Formen des Wissensbezugs bzw. der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Das Wissenschaftssystem stellt sich den dringenden gesellschaftlichen Herausforderungen nach Einschätzung von Uwe Schneidewind zu wenig – mit der, in den letzten Jahren zunehmenden, Exzellenzorientierung steht sich das Wissenschaftssystem einer solchen Orientierung selbst im Weg. Um dieses Dilemma aufzulösen braucht es mehr gesellschaftlicher Räume des Austausches zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, in denen gesellschaftliche Fragen und deren wissenschaftliche Bearbeitung verhandelt werden können.

Als Resümee der Tagung ist festzustellen, dass die Kooperation Wissenschaft – Arbeitswelt als Beispiel für die Ermöglichung von Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung gelten kann; diese Formen der Zusammenarbeit sind keine Bedrohung der Freiheit der Wissenschaften, sondern sie ermöglichen erst diese Freiheit im Geist einer gesellschaftlichen Verständigung.

26. INTERNATIONALES
FILMFEST EMDEN
N O R D E R N E Y
3. – 10. Juni 2015

Wettbewerb um den DGB-Filmpreis 2015
für gesellschaftlich in besonderer Weise engagierte Spiel- und Dokumentarfilme.

www.filmfest-emden.de

Das Festival bedankt sich bei seinen Förderern:

Dringender Handlungsbedarf auch in Oldenburg

BILDUNG Rassismuskritische Bildungsarbeit „...für Demokratie Courage zeigen“ jetzt auch in Oldenburg

TEXT: OLIVER BARTH | DGB ♦ FOTO: DGB-JUGEND

Ausgrenzung und Rassismus betrifft alle. Allerdings in sehr unterschiedlicher Weise. Manche verhalten sich ausgrenzend und rassistisch. Manche gucken zu. Manche werden ausgrenzt und rassistisch diskriminiert.

Das Reflektieren der eigenen Denk- und Handlungsweisen und der persönlichen Verstrickung in einer von Ausgrenzung und Rassismus geprägten Umwelt ist Voraussetzung, diese zu verändern und dagegen aktiv werden zu können. Ausgrenzendes und rassistisches Denken und Handeln steht natürlich nicht im luftleeren Raum. Beides ist in eine Gesellschaft eingebettet, die nach Nützlichkeitskriterien funktioniert und in der solche Sortierung bewusst und unbewusst mit Ausgrenzung und Rassismus verbunden wird.

Dagegen aktiv zu werden kann und sollte auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen. Da Ausgrenzung im Kleinen beginnt, verfolgt das Projekt der DGB- und Naturfreundejugend „...für Demokratie Courage zeigen!“ seit Jahren erfolgreich einen Ansatz in der Jugendbildung. Beheimatet ist es in unterschiedlichen Orten von Niedersachsen und Bremen – seit Kurzem auch in Oldenburg.

Das Projekt arbeitet mit allen Jugendgruppen, vom Jugendzentrum bis Schul- und Berufsklasse, in Kooperation von Jugendarbeit, Schule und Kommune. Organisiert werden Projektstage, bei denen Bedürfnisse und Lebenswelt der Jugendlichen im Mittelpunkt stehen. Um sie werden speziell entwickelte Seminarbausteine zu Gewalt, Autorität, Vorurteil, Flucht, Rassismus, Antisemitis-



mus und Geschlechterbilder angeordnet.

Zwei durch Schulungen qualifizierte Teamer*innen begleiten mit den Schüler*innen und Jugendlichen den Projektablauf. In der Regel wird das Team nach Gesichtspunkten wie Geschlecht und Migrations- und Rassismuserfahrungshintergrund zusammengestellt.

Bei den Projekttagen wird nicht ‚nach Anwendungsbuch gelernt‘, sondern als Gruppe und Team übergreifender Erfahrungs- und Denkprozess mit offenen

Fragestellungen. Deswegen ist der Ablauf nicht fest, sondern an Dialog und Seminarverlauf orientiert. Es geht um Mitbestimmung und darum, die eigene Meinung zu entwickeln, ernst zu nehmen und sie in Schule und Gesellschaft zu vertreten. Dadurch werden Machtmechanismen greif- und nachfühlbar sowie Normalitäten hinterfragt, zudem wird das Einfühlungsvermögen gestärkt. Wichtig ist die Ich-Perspektive auf das Thema: Welche Gesellschaft will ich? Was kann ich und jede*r Einzelne tun?

Bewusst wird auf Distanz zum Schulalltag und auf Methodenvielfalt gesetzt: Rollen- und Planspiel, Theater- und Kooperationsmethoden, Arbeit mit Medien, Erkundungsausflüge und Diskussion unterstützen die individuell unterschiedlichen Lernzugänge. Vor- und Nachbereitungstreffen vertiefen Erkenntnisprozesse. Nicht unwichtig: Wegen Fördergelder kosten die Seminare in Oldenburg nichts!

Interesse geweckt?

Kontakt: Oliver.Barth@dgb.de



Deine Gewerkschaft in der Hochschule

Infos über das Hochschulinformationsbüro (HIB)

Wer Probleme im Job, während eines Praktikums oder sonstige Fragen zu Arbeitsrecht und Gewerkschaften hat, ist herzlich eingeladen, in die Sprechstunden des Hochschulinformationsbüros (HIB) Oldenburg zu kommen. Die DGB-Jugend qualifiziert Studierende in umfangreichen Schulungen in Arbeits- und Sozialrecht. Neben dem Angebot einer arbeitsrechtlichen Anfangsberatung organisiert das HIB regelmäßig Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen arbeitsrechtlichen und politischen Themen. Für das kommende Semester ist unter anderem eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Übergang vom Studium in den Beruf“ geplant. Hinweise auf die derzeitigen Sprechstundenzeiten sowie Veranstaltungskündigungen finden sich auf www.hib-ol.de

Gesundheit und Finanzen. Bei welcher Krankenkasse brauch ich mir um beides keine Sorgen zu machen?



Bei der IKK classic vom Bonus, Gesundheitskonto und Wahlтарifen jährlich mit bis zu 1.500€ profitieren.



Weitere Informationen unter unserer kostenlosen IKK-Servicehotline: 0800 455 1111. Oder auf www.ikk-classic.de

Studierende im Mittelpunkt

BILDUNG Finanzieller und zeitlicher Druck auf Studierende wächst.

TEXT: SVEN KLUSMANN | DGB-JUGENDBILDUNGSREFERENT ♦ FOTO: ISTOCK

Die Reformierung der Studienabschlüsse liegt schon über zehn Jahre zurück. Mitte der Zweitausender wurde auch an den Oldenburger Universitäten von Diplom und Magister auf Bachelor und Master umgestellt. Zehn Jahre sind eine lange Zeit: Der Vergleich der „neuen“ mit den „alten“ Studienstrukturen findet nicht mehr innerhalb der Gruppe der Studierenden statt.

Die Studienbedingungen vor Einführung der Bachelorstudiengänge sind den meisten nur aus Berichten bekannt. Da verwundert es nicht, wie schwer es heutigen Studienanfänger_innen zuweilen fällt, sich ein Studium mit nur einem Bruchteil der Prüfungsleistungen und in großen Teilen lockerer Handhabung von Anwesenheitspflichten vorzustellen. Wenn an der Carl von Ossietzky Universität auch in den meisten Lehrveranstaltungen formal keine Anwesenheitspflicht gilt: Der Druck auf die Studierenden hat subjektiv enorm zugenommen, bestätigt die Psychosoziale Beratungsstelle des Studentenwerks Oldenburg regelmäßig. Fälle von Überlastung treten zunehmend früher im Studium auf. Trotz dieser alarmierenden Entwicklung steigt der politische Druck auf den im Bildungsstreik 2009/2010 erzielten Konsens, Druck aus den Studienstrukturen zu neh-



Hochschulen müssen solidarisch und offen für Alle sein.

men. Einzelne Institute erwägen, aus den fächerübergreifenden Prüfungsordnungen auszusteigen und eigene, strengere Regelungen durchzusetzen.

Bei hoher Verdichtung der Studieninhalte verbringen viele Studierende ihre verbleibende freie Zeit damit, Erwerbsarbeit nachzugehen. Mit Glück ist dies ein Job in der Uni, der sich leicht mit dem Studium vereinbaren lässt. Sehr viel häufiger handelt es sich aber um Tätigkeiten im Einzelhandel, in der Gastronomie, im Kulturbetrieb. Eben in Branchen, die Arbeitszeiten außerhalb der Präsenzzeiten in der Uni ermöglichen. Die Arbeitsbedingungen sind hier allerdings besonders prekär: Es herrscht nicht selten eine Hire-and-Fire-Mentalität, die eine langfristige Planung deutlich erschweren. Dabei zeigen Erhebungen der DGB-Jugend regelmäßig, dass mehr als die Hälfte der Studierenden genau darauf angewiesen sind: Sie müssen sich einen

wesentlichen Teil ihres Lebensunterhalts selbst verdienen. Sei es, weil sie die Auseinandersetzungen mit ihren eigentlich zu Unterhaltszahlungen verpflichteten Eltern vermeiden wollen oder aufgrund von intensivem Engagement in Politik, Kultur oder abseits des Mainstreams verfolgten Studienzielen ihre BAföG-Förderdauer ausgereizt haben. Doch selbst BAföG-Berber_innen fällt es in der prosperierenden Stadt Oldenburg zunehmend schwerer, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Das Studentenwerk erwägt in diesen Zeiten den Verkauf von Wohnanlagen statt zu sanieren, während im Rest der Stadt intensiv gebaut und luxussaniert wird, wie schon seit vielen Jahren nicht mehr.

Für die Gewerkschaftsjugend in Oldenburg ist klar: Wir nehmen diese Entwicklungen nicht hin! Wir kämpfen gemeinsam für eine solidarische und offene Universität!

Gesamtgesellschaftliche Hausaufgaben

EINWANDERUNG Eine offene, sozial gerechte und innovative Gesellschaft sieht die Einwanderung als Herausforderung und Bereicherung

TEXT: KENAN KOLAT | INHABER VON KOLAT POLITIK- UND STRATEGIEBERATUNG. 2005 -2014 BUNDESVORSITZENDER DER TÜRKISCHEN GEMEINDE IN DEUTSCHLAND ♦ FOTO: ISTOCK

Der Diskurs in den letzten Monaten hat gezeigt, dass Überfremdungsangst und Angst vor Nichtbekanntem noch immer weit verbreitet sind. Wir sollten dies ernst nehmen und die Debatte über die verschiedenen Verständnisse von Begriffen wie Einwanderungsland, kulturelle Vielfalt und Identität intensivieren. Die Zustimmung zu den Thesen von AfD oder Pegida in Teilen der Bevölkerung erfolgt nach meinen Beobachtungen nicht nach einer wissenschaftlichen Analyse, sondern kommt vor allem aus dem Bauchgefühl, überrempelt, nicht ernst genommen worden zu sein. Ich denke, viele PolitikerInnen in unserem Land haben jahrelang die Lebenslüge „wir sind kein Einwanderungsland“ gepredigt. Nun zu sagen, „wir sind doch ein Einwanderungsland“, findet in den breiten Bevölkerungsschichten immer noch geringe Akzeptanz. Zwar führt die Anerkennung Deutschlands als Einwanderungsland auf politischer Ebene auch zu einer Einstellungsänderung bei der sogenannten Mehrheitsbevölkerung. Da jedoch die meisten Menschen auf diese Veränderung gar nicht vorbereitet worden sind, entwickelt sich das Gefühl verschaukelt worden zu sein.

Eine Gleichstellungspolitik muss auf der Grundlage der Transkulturalität umgesetzt werden. **Transkulturalismus** ist eine bewusste Politik, die Antithese zur Assimilation. Ziele einer transkulturalistischen Politik können sein:

- Alle Menschen in Deutschland sollen eine Bindung zu Deutschland haben und mitverantwortlich sein, unsere gesamtgesellschaftlichen Interessen zu fördern.



Gleiche Chancen für alle Menschen in Deutschland.

- Sie sollen die grundsätzlichen Rechte der Unterscheidungsfreiheit aufgrund von ethnischer Herkunft, Religion oder Kultur genießen.
- Sie sollen die gleichen Lebenschancen und einen gerechten Zugang zu den vom Staat im Auftrag der Gemeinschaft verwalteten Mitteln haben.
- Sie sollen die Möglichkeit haben, sich an allen Entscheidungsprozessen, die sie betreffen, zu beteiligen.
- Sie sollen imstande sein, ihr Potential für Deutschlands wirtschaftliche und soziale Entwicklung auszuschöpfen und einzusetzen.
- Sie sollen die Möglichkeit haben, gute Sprachkenntnisse in Deutsch und anderen Sprachen zu erlangen und zu erweitern und ein kulturelles Verständnis zu entwickeln.

- Sie sollen ihr kulturelles Erbe pflegen und miteinander teilen können.
- Sie sollen die kulturelle Diversität der deutschen Gemeinschaft anerkennen, reflektieren und ihr entgegenkommen.

Zu dieser transkulturalistischen Politik gehört auch der Ansatz „Migration Mainstreaming“. Das Ziel dieses Ansatzes besteht darin, die Sichtweise der Menschen mit Migrationsgeschichte in alle Entscheidungsprozesse einzubeziehen. „Migration Mainstreaming“ ist orientiert an einer offenen, sozial gerechten und innovativen Gesellschaft, welche die Einwanderung als Herausforderung und Bereicherung, als Potenzial für gesellschaftliche Entwicklung versteht.

Situation und Befindlichkeiten der „Mehrheitsgesellschaft“

Wir dürfen die Situation und Befindlichkeiten der „deutschstämmigen Mehrheit“ nicht den Extremisten und Demagogen überlassen. Hierbei bedarf es aber einer konstruktiven Herangehensweise. Hierbei sollten die eigene Identitätsproblematik, Konfrontation mit Einwanderern, die möglichen realen oder irrationalen Ängste, „im eigenen Land Minderheit zu sein“, die Lebenslüge einer ethnisch homogenen Gesellschaft, die Angst vor nicht bekannten Verhaltensmustern von Menschen nichtdeutscher Herkunft Berücksichtigung finden.

Situation und Befindlichkeiten der „Minderheitsgesellschaft“

Eine neue Politik muss die Situation und Befindlichkeiten der Minderheitsgesellschaft berücksichtigen. Das berechtigte Gefühl, nicht voll als Teil der Gesellschaft akzeptiert zu werden, sowie Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen, die viele Menschen nichtdeutscher Herkunft tagtäglich machen, die Angst aufgrund von Rechtsunsicherheit, der Erfolgsdruck, die Über- und Unterschätzung der eigenen Fähigkeiten, Fragen der Identität, kulturelle Konflikte und Wertekonflikte, die soziale Situation und die Bildungssituation sollten bei einer neuen Politik Berücksichtigung finden.

Anforderungen an die „Mehrheitsgesellschaft“

- Ein entschlossenes Vorgehen gegen diskriminierende, rassistische, rechtsradikale und fremdenfeindliche Tendenzen ist sicherzustellen.
- Das wechselseitige Interesse

und die Offenheit gegenüber unbekanntem Lebenskonzepten ist wichtigste Voraussetzung für ein neues Miteinander.

- Der kritische und prüfende Blick auf potentiell demokratiefeindliche Tendenzen ist unverzichtbare Grundlage für die Entwicklung eines gemeinsamen Wertekanons.

Anforderungen an die „Minderheitsgesellschaft“

- Erwartet werden sollte von kulturellen Minderheiten mehr Verantwortungsbewusstsein für die hiesige Gesellschaft. Die Öffnung gegenüber dieser Gesellschaft ist für die Eingliederung unabdingbar. Das Interesse an Mitwirkungsmöglichkeiten in der hiesigen Gesellschaft gehört zu den integrationspolitischen Aufgaben der Minderheiten.
- Das Erlernen der deutschen Sprache und die Stärkung des Bildungsbewusstseins gehört zur Teilhabe.
- Auch religiöse und traditionelle Gepflogenheiten in allen ihren Ausprägungen müssen sich nach dem Grundgesetz richten.

Ich denke, dass wir mit so einem von „beiden Seiten“ getragenen Ansatz die Menschen zusammenbringen und die Zukunft gemeinsam aufbauen. Allerdings dürfen wir diese ungeheure Herausforderung nicht allein „der Gesellschaft“ oder „der Politik“ überlassen. Vielmehr muss jede und jeder Einzelne sich in seinem Alltag, seiner Lebenswelt, seiner Familie dieser Aufgabe stellen, sozusagen als Hausaufgabe, die Tag für Tag zu erfüllen ist. Das können wir schaffen. Ja, wir werden es schaffen.

IMPRESSUM

Maizeitung DGB Region Oldenburg-Ostfriesland
Vi.S.d.P.:
 Dorothee Jürgensen,
 Geschäftsführerin DGB Region Oldenburg-Ostfriesland
Anschrift:
 DGB Region
 Oldenburg-Ostfriesland,
 Kaiserstraße 4-6
 26122 Oldenburg
 Tel.: 0441-218760
 Web: www.oldenburg-wilhelmshaven.dgb.de
Auflage: 20.000 Exemplare

Maizeitung DGB Region Nord-Ost-Niedersachsen
Vi.S.d.P.:
 Dr. Matthias Richter-Steinke,
 Geschäftsführer DGB Region Nord-Ost-Niedersachsen
Anschrift:
 DGB Region
 Nord-Ost-Niedersachsen
 Heiligengeiststraße 28
 21335 Lüneburg
 Tel.: 04131-2233960
 Web: www.nordostniedersachsen.dgb.de
Auflage: 10.000 Exemplare

Maizeitung DGB Region Bremen-Elbe-Weser
Vi.S.d.P.:
 Annette Düring
 Geschäftsführerin DGB Region Bremen-Elbe-Weser
Anschrift:
 DGB Region
 Bremen-Elbe-Weser
 Bahnhofplatz 22-28
 28195 Bremen
 Tel.: 0421-3357660
 Web: www.bremen-elbe-weser.dgb.de
Auflage: 15.000 Exemplare

Verlag, Grafik, Produktion:
 Mediapolis GmbH & Co. KG
 Verlag- & Presseagentur
 Geschäftsführer Maik Günther
Anschrift:
 An den Eschen 8b
 26129 Oldenburg
 Tel. 0441-68310201
 Mobil: 0176-83081326
 Mail: redaktion@maizeitung.de
 Web: www.mediapolis-agentur.de



Studieren ohne Abitur? Das kannst du auch.



Studieren ohne Abitur

BILDUNG Verzahnung von beruflicher und hochschulischer Bildung.

TEXT: JONAS EILINGHOFF | ARBEIT UND LEBEN OLDENBURG ♦ FOTO: ARBEIT UND LEBEN

Im Jahr 2010 wurden die Zugangsmöglichkeiten für die Aufnahme eines Hochschulstudiums an einer niedersächsischen Universität für beruflich Qualifizierte erweitert.

Die Erfahrungen bereits eingeschriebener beruflich qualifizierter Studierender und die Erfahrungen aus vorangegangenen Projekten zeigen, dass es bei berufsqualifizierten Studierenden einen Bedarf an Vorbereitungsangeboten gibt. Durch die Schaffung entsprechender Vorbereitungsangebote sollen die Chancen für ein erfolgreiches Studium zukünftig verbessert werden.

Als Zugangsvoraussetzung für die Aufnahme eines Studiums an Universitäten oder Hochschulen ist die allgemeine oder die fachgebundene Hochschulreife Bedingung. Allerdings können beruflich Qualifizierte mit einer dreijährigen Berufsausbildung und einer dreijährigen Berufserfahrung, Beruflich Qualifizierte mit einer dreijährigen Berufsausbildung und dreijähriger Berufserfah-

rung können fachgebunden studieren.

Die Bildungsvereinigung ARBEIT und LEBEN Nord gGmbH bietet am Standort Oldenburg im Jahr 2015 wieder Vorbereitungskurse im Bereich Mathematik und Englisch für angehende WirtschaftswissenschaftlerInnen an. Neben der fachlichen Vorbereitung vermitteln verschiedene Zusatzangebote zum wissenschaftlichen Arbeiten und zu Schlüsselqualifikationen für Studium und Beruf, wichtige Kernkompetenzen.

Creditpoints (ECTS) für Vorbereitungskurse

Durch die Zusammenarbeit mit dem Kompetenzbereich Anrechnung der Universität Oldenburg, wurden die im Jahr 2014 angebotenen Kurse von FachgutachterInnen begutachtet. Auf Grundlage dieser Begutachtung ist eine Anrechnungsempfehlung entstanden. Diese Anrechnungsempfehlung soll dazu beitragen, dass die in den Vorbereitungskursen erlernten Kompetenzen in Form von

ECTS-Punkten auf ein Hochschulstudium angerechnet werden können. Ob und wenn ja in welchem Umfang ECTS-Punkte auf ein Studium angerechnet werden, wird individuell von den Hochschulen entschieden. Die Anrechnungsempfehlung kann dazu beitragen, dass den Hochschulen die Einschätzung von Kompetenzen, die außerhalb der hochschulischen Bildung erlangt wurden, erleichtert wird.

Mit der Verknüpfung von hochschulischer und außerhochschulischer Bildung kann der Übergang vom Beruf ins Studium erleichtert werden und somit dem Ziel, mehr Studierende mit beruflicher Vorbildung an deutsche Hochschulen zu bringen, nachgegangen werden.

Wenn Sie sich für das Thema interessieren und Informationen und Unterstützung in Anspruch nehmen möchten, dann wenden Sie sich gerne an Jonas Eilinghoff, ARBEIT UND LEBEN, 0441 92490 12 oder -30 oder per E-Mail an jonas.eilinghoff@aul-nds.de

ARBEIT UND LEBEN

Beratungsstelle für mobile Beschäftigte im Raum Weser-Ems

Unsere Beratungsstelle wird getragen von der Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Nds. Nord gGmbH und versteht sich als Anlaufstelle für betroffene Beschäftigte aus Mittel- und Osteuropa.

Die Hauptidee des Projektes, das vom Wirtschaftsministerium finanziert ist, besteht darin, für die mobilen Beschäftigten eine mobile Beratung anzubieten. Zusätzlich zur Beratungsstelle in Oldenburg gibt es einen VW-Bus, der mit einem Besprechungstisch ausgestattet ist und mit dem wir vor Ort, das heißt in den Beschäftigungs- und Wohnorten Beratung anbieten können.

Ziel ist es, die Arbeits- und Lebensverhältnisse der mobilen Beschäftigten zu verbessern.

Koordinierungsstelle gegen Rechts

Auf Beschluss des Rates der Stadt Oldenburg richtete die Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Integration der Stadt Oldenburg im Novem-

ber 2014 mit finanzieller Unterstützung durch die Stadt Oldenburg eine Koordinierungsstelle ein. Mit der Einrichtung der Koordinierungsstelle wurde eine Stelle mit dem Ziel geschaffen, Möglichkeiten der demokratischen Arbeit gegen Rechts zu koordinieren.

Wir verstehen uns als:

- **Ansprechpartner** bei Fragen, bei denen eine Unsicherheit besteht, ob eine bestimmte Musik, ein bestimmtes Symbol, eine bestimmte Haltung oder eine Meinung ein Hinweis auf eine rechtsradikale Ideologie darstellt.
- **Gemeinsame Anlaufstelle** für die Vernetzung von kommunalen, regionalen und zum Teil überregionalen Aktivitäten.
- **Anbieter** für mögliche Angebote und Veranstaltungen (Bildungsveranstaltungen, Lesungen und Filmreihen, Schulveranstaltungen)
- **Unterstützer** bei Fragen des Zivilbündnisses, bei der Entwicklung eines Leitbildes und Logos.



Foto: Arbeit und Leben

Wichtige Informationen

Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Nds. Nord gGmbH

Klävemannstraße 1
26122 Oldenburg
Telefon: 0441 92490-0
www.aul-ol.de



Beratungsstelle für mobile Beschäftigte

Telefon: 0441 92490-3 und -21
E-Mail: oldenburg@mobile-beschaeftigte-niedersachsen.de
www.mobile-beschaeftigte-niedersachsen.de

Koordinierungsstelle gegen Rechts

Montag: 13 –17 Uhr und Dienstag: 8.30 –13 Uhr
Telefon: 0441 92490-12
E-Mail: koordinierungsstelle@aul-nds.de

Zukunftsperspektiven

JUGEND Junge ver.di Mitglieder starten Projekt 'Perspektive U35'

TEXT: ANDRE HINRICHS | VER.DI GEWERKSCHAFTSSEKRETÄR

Befristete Arbeitsverträge, Leiharbeit, Mini-Jobs oder direkt das unbezahlte Praktikum: Wir haben genug von dieser politischen Entwicklung.

Die Beschäftigungssituation und Zukunftsperspektiven junger Menschen in Deutschland sehen alles andere als rosig aus!

Das ist alles kein Geheimnis, weit verbreitete Ungewissheit ist die Folge. Ebenso bekannt: Gesellschaft ist menschengemacht und somit das Ergebnis von Machtverhältnissen. Löhne und Gehälter, von denen man leben kann, gute Arbeitsbedingungen und Sozialsysteme fallen jedoch nicht vom Himmel. Sie müssen beständig erstritten werden.

Statt also den Kopf in den Sand zu stecken haben junge ver.di Mitglieder, Ende 2014 das Projekt 'Perspektive U35' gestartet, um eben diese Verhältnisse an-



zupacken. Andre Belger (Krankenpfleger und U35-Teilnehmer): „Unsere Generation hat einen großen Einfluss darauf, wie es weitergeht! Das gilt für gesellschaftliche Zusammenhänge ebenso wie für gewerkschaftliche.“

„Im Rahmen geplanter Seminare und Treffen, werden wir unsere jungen GewerkschafterInnen, eine Plattform bieten, sich gemeinsam zu qualifizie-

ren“, so der ver.di Sekretär Andre Hinrichs.

Arbeitsbedingungen jüngerer Menschen, Tarifpolitik und Organizing sind ebenso Inhalte wie gesellschaftspolitische Themen, wie z.B. Kapitalismus und Migration oder die persönliche Weiterentwicklung durch Inhalte aus dem Bereich der sozialen Kompetenzen.

Im Mittelpunkt steht dabei immer die Frage: Wie können wir uns und unserer Stimme in der Gesellschaft und der Gewerkschaft Gehör verschaffen und auf diesem Wege unseren Einfluss erhöhen?

Weitere Informationen zum Qualifizierungsprogramm für junge ver.di Mitglieder, bekommt ihr über den ver.di Gewerkschaftssekretär Andre Hinrichs.

Telefon 04921 9205 – 0 oder per eMail andre.hinrichs@verdi.de



Mindestlohn im Praktikum?

MINDESTLOHN Mehr Schutz für PraktikantInnen.

TEXT: SVEN KLUSMANN | JUGENDBILDUNGSREFERENT
DGB-REGION OLDENBURG-OSTFRIESLAND ♦ FOTO: ISTOCK

Es heißt, der Mindestlohn gilt grundsätzlich für alle. Wird es mit dem Mindestlohngesetz also überhaupt noch unbezahlte oder geringbezahlte Praktika geben?

Ob Schulpraktikum, studienbegleitend oder zur Orientierung zwischen zwei Ausbildungen, ein Praktikum kann viele Formen haben – und dabei wertvolle Einblicke ermöglichen, die aus einer Bildungseinrichtung heraus gar nicht möglich wären. Bislang war aber nicht gesetzlich definiert, wann es sich um ein Praktikum handelt. Nicht selten wird etwas Praktikum genannt, was in Wirklichkeit ein prekäre Beschäftigung ist. Die DGB-Jugend hat in mehreren Befragungen festgestellt: Es braucht mehr Schutz für PraktikantInnen! Gerade BerufsanfängerInnen schaffen es sonst viel zu häufig nicht, nicht enden wollende Schleifen von Praktika zu überwinden.

Das Mindestlohngesetz ist eine große Hilfe: Zum ersten Mal wird der Begriff „Praktikum“ außerhalb des Berufsbildungsgesetzes definiert. In § 22 MiloG heißt es: „Praktikantin oder Praktikant ist unabhängig von der Bezeichnung des Rechtsverhältnisses, wer sich nach der tatsächlichen Ausgestaltung und Durchführung des Vertragsverhältnisses für eine begrenzte Dauer zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Erfahrungen einer bestimmten betrieblichen Tätigkeit zur Vorbereitung auf eine berufliche Tätigkeit unterzieht, ohne dass es sich dabei um eine Berufs-

ausbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes oder um eine damit vergleichbare praktische Ausbildung handelt.“

Der Lerncharakter als Wesen des Praktikums wird betont. In der Folge sind aber auch sämtliche (hoch-)schulrechtlichen bzw. in einer Ausbildungsordnung vorgeschriebenen Pflichtpraktika vom Mindestlohn ausgenommen. Der Mindestlohn gilt erst bei freiwilligen Praktika, die länger als drei Monate dauern.

Eine weitere Neuerung: Seit dem 01.01.2015 gilt mit dem Nachweisgesetz auch das zwingende Recht auf einen Praktikumsvertrag. In diesem müssen unter anderem die Dauer des Praktikums, die Höhe einer etwaigen Vergütung sowie die Dauer des Urlaubs, der dem bzw. der Praktikant_in zusteht, schriftlich festgehalten werden – und das natürlich vor Praktikumsbeginn.

Wir sehen: Unbezahlte sowie geringbezahlte Praktika gibt es auch noch mit dem Mindestlohngesetz. Außerdem sind Praktika ohne Mindestlohn möglich, wenn glasklar der Lerncharakter im Vordergrund steht.

Wir meinen: Ein Anfang ist gemacht! Es ist unser Erfolg, dass nun gesetzlich festgeschrieben ist: Ein Praktikum ist ein Lern- und kein Arbeitsverhältnis. Wer eine abgeschlossene Berufsausbildung hat, hat das Recht auf eine Chance, sich im Berufsleben zu bewähren: als angemessen bezahlte Beschäftigte, nicht als PraktikantInnen.

Berufsausbildung aktiv mitgestalten – Wir brauchen Dich!

AUSBILDUNG Ehrenamtlich engagieren? Warum soll ich das tun?

TEXT: DOROTHEE JÜRGENSEN | DGB-REGIONSGESCHÄFTSFÜHRERIN ♦ FOTO: ISTOCK

Diese und andere Aussagen hört man leider viel zu oft, wenn es um ehrenamtliches Engagement geht. Bei der Feuerwehr, bei den Kirchen, Vereinen und Verbänden und auch bei den Gewerkschaften. Aber ohne ehrenamtliches Engagement würde unsere Gesellschaft gar nicht funktionieren! Es ist wichtig sich für sportliche, politische oder soziale Dinge einzusetzen. Es gibt so viele Bereiche in denen es darum geht, mitzubestimmen und mitzugestalten! Lassen wir uns dies nicht aus der Hand nehmen!

Der DGB und seine Gewerkschaften engagieren sich z. B. stark für eine bessere Berufsausbildung. Hierfür sind viele KollegInnen aktiv in den Berufsbildungsausschüssen von IHK, HWK und Landwirtschaftskammern, in Prüfungsausschüssen und anderen Gremien und Arbeitskreisen der Kammern. Das Berufsbildungsgesetz schreibt die Errichtung dieser Ausschüsse in der Berufsbildung vor. In den Ausschüssen der beruflichen Bildung räumt der Gesetzgeber den Sozialpartnern (also ArbeitgebervertreterInnen und ArbeitnehmervertreterInnen) ein erhebliches Mit-



sprache-, Gestaltungs- und Entscheidungsrecht ein. Und dieses Recht zur Mitbestimmung und Mitwirkung nehmen viele Kolleginnen und Kollegen wahr.

Ein kleines Beispiel:

Allein in den Prüfungsausschüssen sind bundesweit über 300.000 ehrenamtliche PrüferInnen für die zuständigen Stellen tätig. PrüferIn zu sein ist eine spannende Sache. Es geht im Kern darum, die berufliche Handlungskompetenz der Auszubildenden in den Zwischen- und Abschlussprüfungen zu überprüfen. Das ist eine verantwortungsvolle Aufgabe. Bestehen oder Nicht-Bestehen der Prüfung – das entscheidet mit über die Lebens- und Arbeitsperspektiven der jungen Menschen. Prüfungen haben auch Rückwirkungen auf das alltägliche betriebliche Ausbildungsgeschehen – denn sie dokumen-

tieren, was in der Ausbildung vermittelt wurde. Sie sind ein wichtiger Qualitätsanzeiger.

Wir wollen aber nicht verheimlichen, dass dieses Engagement zeitaufwendig ist. Diesem Zeit- und Arbeitsaufwand wird die Aufwandsentschädigung nicht gerecht. Wir setzen trotzdem darauf, dass es in den Betrieben und Verwaltungen viele Experten und Expertinnen gibt, die Verantwortung zeigen und ihr Wissen, ihre Erfahrungen an den Nachwuchs weitergeben wollen. Und wir benötigen neue KollegInnen, die sich für diese und andere wichtige Aufgaben in der Berufsausbildung engagieren.

Falls du interessiert bist oder mehr über dieses spannendes Aufgabenfeld erfahren willst, wende dich an deine Gewerkschaft oder an den DGB vor Ort!

Demografieagentur: Ideenbrücke der Sozialpartner

ARBEITSWELT Der Demografiewandel in der Gesellschaft macht auch einen Wandel in der Arbeitswelt notwendig.

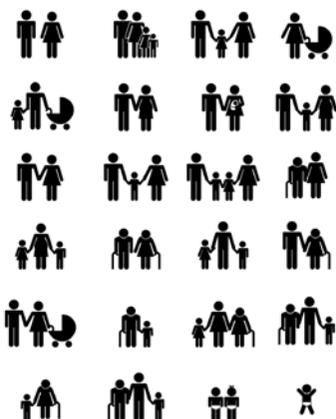
TEXT: JOHANNES GRABBE | DGB BEZIRK NIEDERSACHSEN - BREMEN - SACHSEN-ANHALT

Die Geburtenzahlen in Deutschland sind konstant niedrig, gleichzeitig steigt unsere Lebenserwartung stetig. Der demografische Wandel macht auch vor den Werkstoren nicht halt. Bereits heute ist jede/r Dritte in den Betrieben älter als 50 Jahre. Dies ist kein Grund zur Panik. Allerdings steht die Arbeitswelt vor Herausforderungen, die dringend angepackt werden müssen.

Wenn immer mehr Ältere im Betrieb arbeiten, rücken bekannte Fragestellungen mit neuer Brisanz in den Fokus. Für die Betriebe geht es um ihre Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Heute und in Zukunft werden Unternehmen nur dann erfolgreich sein, wenn ihre Mitarbeiter/innen gesund, kom-

petent und motiviert sind. Für die Beschäftigten geht es um ihre Beschäftigungs- und Arbeitsfähigkeit – also darum, ob sie auch bis zum Renteneintritt ihrer Arbeit nachgehen wollen und können. Dringenden Handlungsbedarf gibt es: Diverse Studien belegen, dass zu wenige Betriebe aktiv werden, um sich auf ihre älteren Beschäftigten einzustellen und sich somit für die Anforderungen der Zukunft zu rüsten.

In Niedersachsen führte dies zur Gründung einer bundesweit einzigartigen Initiative: Die Demografieagentur für die niedersächsische Wirtschaft, diese wird getragen durch starke Partner, darunter u. a. der DGB. Sie hilft seit einigen Jahren Betrieben und Beschäftigten auf dem Weg in eine demogra-



ArbeitnehmerInnen und Unternehmen müssen sich dem Demografiewandel gemeinsam stellen.

fiefeste Arbeitswelt. Dazu hält die Demografieagentur praxiserprobte Instrumente für die gesamte Bandbreite der betrieblichen Handlungsfeldern

bereit. Vom betrieblichen Gesundheitsmanagement über Konzepte zur Qualifizierung bis hin zur Arbeitsorganisation und Unternehmenskultur gibt es unterschiedlichste Ansatzpunkte zu einer umfassenden Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Als Ideenbrücke der Sozialpartner setzt die Demografieagentur auf die Einbindung sowohl von Unternehmensleitungen wie Beschäftigten. Denn alternsgerechte Maßnahmen setzen die Zusammenarbeit beider Betriebsparteien voraus. Deshalb ist eine Beteiligung der BetriebsrätInnen bei allen Angeboten der Demografieagentur obligatorisch. Das beste Beispiel hierfür sind die „DemografieChecks“: In einem Beratungsgespräch erstellen

beide Betriebsparteien gemeinsam mit der Demografieagentur ein Handlungsradar, das die Grundlage für die weiteren Schritte bildet.

Unternehmen, die schon viele Maßnahmen umgesetzt haben, bekommen eine besondere Plattform: Mit dem Zertifikat „Demografiefest. Sozialpartnerschaftlicher Betrieb“ zeichnet das niedersächsische Wirtschaftsministerium gemeinsam mit der Demografieagentur Betriebe aus, die sich bereits auf sozialpartnerschaftliche Weise auf den Wandel der Arbeitswelt eingestellt haben.

Weitere Informationen über den Demografischen Wandel in der Arbeitswelt und die Angebote der Demografieagentur gibt es im Internet unter: www.demografieagentur-nds.de

Keiner darf verloren gehen!

AUSBILDUNG Duale Berufsausbildung muss stärker im Fokus stehen.

TEXT: LARS NIGGEMEYER | DGB BEZIRK NIEDERSACHSEN - BREMEN - SACHSEN-ANHALT

Parteiübergreifend wird Bildung als das Themenfeld der Zukunft in Deutschland und Niedersachsen betrachtet. Der Kern der Debatte dreht sich dabei jedoch fast immer um die allgemeinbildenden Schulen und/oder die universitäre Ausbildung. Beides sind unbestritten wichtige Bildungsbereiche.

Die duale Berufsbildung hingegen führt in der öffentlichen Wahrnehmung oft ein Schattendasein, obwohl über die Hälfte eines jeden Jahrgangs eine duale Ausbildung beginnt. Dabei gelingt bei weitem nicht, jedem Jugendlichen in Niedersachsen die Chance auf eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen. 56.000 abgeschlossenen Ausbildungsverträgen und 22.000 Anfängern einer schulischen Berufsausbildung stehen 40.000 Jugendliche gegenüber, die im Jahr 2013 ins so genannte „Übergangssystem“ eingemündet sind. Hierbei handelt es sich um außerschulische Maßnahmen und schulische Bildungsgänge, die zu keinem qualifizierten Berufsabschluss führen: Berufseinstiegschulen, Berufsfachschulen ohne Abschluss, Maßnahmen der Bundesagentur, Förderprogramme des Landes. Für die Teilnehmenden sind es oft Warteschleifen mit fragwürdigen Perspektiven. Im Ergebnis bleiben in Niedersachsen rund 15% aller jungen Erwachsenen ohne abgeschlossene Ausbildung. Di-



ese Zahlen zeigen: Die Ausbildungspolitik der letzten Jahre ist gescheitert. Das Übergangssystem hat sich in seiner jetzigen Form nicht bewährt. Obwohl in Niedersachsen jährlich mehrere hundert Millionen Euro hierfür ausgegeben werden, bleiben Zehntausende ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

Zurzeit fehlt es an verlässlichen Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Übergang von der allgemeinbildenden Schule in Ausbildung. Zunächst müssen die Unternehmen das Angebot an Ausbildungsplätzen deutlich ausweiten. Weiterhin brauchen wir ein landesweites, kohärentes Übergangssystem, so dass die Jugendlichen mit Hilfe von Jugendberufsagenturen vor Ort einen gebündelten Ansprechpartner und Lotsen haben, der die notwendigen Kenntnisse

über die Möglichkeiten des Ausbildungssystems vermittelt.

Für junge Menschen, die nicht direkt in das duale Ausbildungssystem einmünden, müssen verbindliche Förderstrukturen und bereitgestellt werden, damit sie möglichst innerhalb des dualen Systems einen Berufsabschluss erreichen können. Im Ergebnis muss aber allen Jugendlichen ein Anschluss in eine vollqualifizierende Ausbildung eröffnet werden. Jugendliche, die aufgrund mangelnder Ausbildungsangebote keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden, brauchen eine garantierte außerbetriebliche Berufsausbildung. Zu diesem Ziel hat sich auch die rot-grüne Landesregierung im Wahlkampf und ihrem Koalitionsvertrag bekannt. Es ist an der Zeit, dass die Regierung und der Landtag dieses Versprechen umsetzen.

Fachkräftemangel

ARBEIT Lohnanpassung bei Fachkräften ist wichtig

TEXT: LEA ARNOLD | DGB BEZIRK NIEDERSACHSEN - BREMEN - SACHSEN-ANHALT

Seit einigen Jahren wird in Niedersachsen verstärkt über Fachkräftemangel diskutiert. Klar ist: Die seit 2010 gestiegene Nachfrage nach Arbeitskräften verändert Knappheitsrelationen am Arbeitsmarkt. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt erfreulicherweise ab, die Zahl der gemeldeten Stellen ist höher als in den Vorjahren. Diese positive Entwicklung ist in einzelnen Berufen und Regionen nicht immer spannungsfrei. Stellen sind teils länger vakant und schwerer besetzbar.

Einen Überblick über die gesamtwirtschaftliche Situation in Niedersachsen bietet der Blick auf die Relation von gemeldeten offenen Stellen und registrierter arbeitslosen Fachkräften. Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit zeigt: Die Situation unterscheidet sich je nach Berufsfeld stark. Einerseits gibt es keinen flächendeckenden Fachkräftemangel in Niedersachsen. Berufsfelder mit einem entsprechenden massiven Überangebot an Fachkräften sind zum Beispiel Bürofachkräfte, VerkäuferInnen oder MaurerInnen. Aufgrund des insgesamt zu geringen Angebots an Arbeitsplätzen waren Beschäftigte oftmals gezwungen, Arbeit zu schlechten Bedingungen anzunehmen: Präkäre Beschäftigung - Leiharbeit, Minijobs, Befristungen und Niedriglöhne – hat in Niedersachsen

in den letzten Jahren daher massiv zugenommen. Mit insgesamt 370.000 Arbeitslosen, darunter rund die Hälfte Fachkräfte, ist Niedersachsen immer noch weit vom Zustand der Vollbeschäftigung entfernt.

Andererseits gibt es Berufsfelder, für welche die Arbeitsmarktstatistik Engpässe ausweist – insbesondere im Gesundheitswesen sowie dem technisch-industriellen Feld. Betriebe sollten für eine nachhaltige Personalstrategie sorgen und die Weichen entsprechend stellen: Durch die Erhöhung der Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze sowie die unbefristete Übernahme von Auszubildenden können sie einem Mangel vorbeugen. Fachkräftemangel und Niedriglohnstrategie passen im Übrigen überhaupt nicht zusammen. Wenn Fachkräfte knapp werden, muss deren Preis steigen, also der Lohn. Wer qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewinnen möchte, muss sie nach Flächentarifvertrag bezahlen.

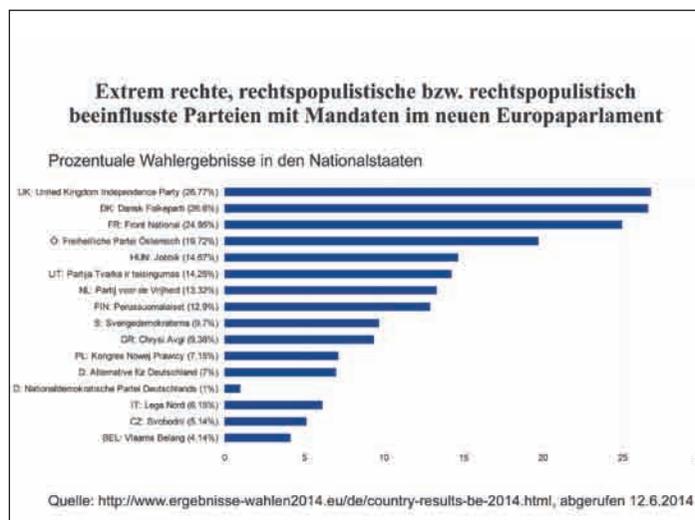
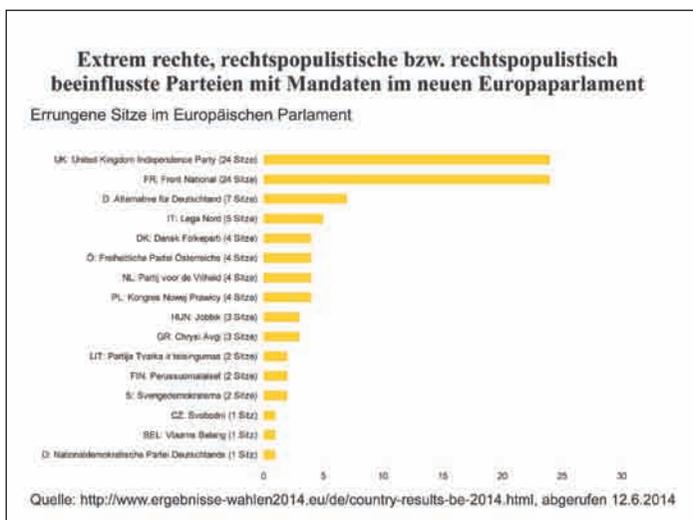
Zudem ist auch die Politik gefordert: Bei Frauen, bei Älteren, bei Jugendlichen und bei Arbeitslosen gibt es ein enormes Potential zur Gewinnung von Fachkräften: 19% der Niedersachsen zwischen 20 und 29 haben keinerlei beruflichen Abschluss. Sie brauchen eine zweite Chance, um einen Berufsabschluss zu erwerben.

Rechtspopulismus ist eine Gefahr

GEGEN RECHTS Rechtspopulistische und extrem rechte Parteien nach der Europawahl 2014.

TEXT: DANNY SCHNUR/ OLIVER HUBLITZ | DGB ♦ GRAFIKEN: ERGEBNIS WAHLEN

Nach der Europawahl 2014 gingen rund 100 Mandate an rechtsextreme, rechtspopulistische bzw. rechtspopulistisch beeinflusste Parteien. Damit ist der rechte Flügel im Europaparlament stärker geworden. Von einem einheitlichen rechten Block kann jedoch nicht die Rede sein. Zwar eint die Rechten Parteien ein national(istisch)er Ansatz, und auch ihre Kampagnen gegen Zuwanderung, Globalisierung und ein multi-kulturelles Zusammenleben weisen hohe Ähnlichkeiten auf, aber dennoch sind die ideologischen Ansätze zu unterschiedlich - etwa zwischen der neonazistisch beeinflussten NPD in Deutschland



oder der populistischen *United Kingdom Independence Party* (UKIP) in Großbritannien. Zu unterschiedlich ist ihr öffentliches Auftreten – etwa zwischen dem martialischen und teils gewalttätigen Aktionen der *Goldenen Morgenröte* in Griechenland oder der betont seriös auftretenden *Dänischen Volkspartei*. Einige der Parteien haben bereits auf nationaler Ebene Regierungsverantwortung übernommen, wie etwa die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ).

Typisch für fast alle Parteien aus diesem Spektrum ist die dominante Rolle von Führungspersonen. Die Entwicklung des *Front National* (FN) ist etwa untrennbar mit dem Namen Le Pen verbunden. Programmatik und Auftreten der britischen UKIP wären nicht zu verstehen ohne Nigel Farage, den Parteivorsitzenden, der 1993 bereits zu den Gründungsmitgliedern der Partei gehörte. Gar nur aus einem einzigen Mitglied (Geert Wilders) besteht die niederländische *Partij voor de Vrijheid*.

Die unterschiedlichen ideologischen, strategischen und strukturellen Hintergründe machen es unmöglich, dass sich die rechten Parteien im Europaparlament in einer einzigen Fraktion zusammenfinden. Vereinfachend lassen sich für sie drei politische Mitwirkungsmöglichkeiten konstatieren: Parteien, die sich vom Ruf des Rechtspopulismus befreien und dies bereits mit der Wahl von Bündnispartnern deutlich machen wollten, zieht es in die Fraktion der European Conservatives and Reformists (ECR). Sie wurde bislang von den britischen Konservativen (19 Sitze) und der polnische PiS (19 Sitze) dominiert. Für diese Option haben sich als Neuzugänge u.a. die *Alternative für Deutschland*

(7 Sitze) sowie die rechtspopulistischen Parteien die Wahren Finnen und die Dänische Volkspartei entschieden.

Eine zweite Gruppe rechter Parteien hatte sich bislang um die *United Kingdom Independence Party* (UKIP) geschart, die in der Fraktion **Europa der Freiheit und der Demokratie** (EFD) tonangebend war. Dass das rechtspopulistische Bündnis eine Neuaufgabe erleben würde, war zunächst unsicher, da sich *Lega Nord*, *Wahre Finnen* und *Dänische Volkspartei*, die bisher der Fraktion angehörten, für die ECR entschieden haben. Der neuen EFD-Fraktion gehören unter anderem Abgeordnete der UKIP, der „Schwedendemokraten“ und der italienischen „Fünf-Sterne-Bewegung“ sowie eine französische Parlamentarierin an, die den „Front National“ verlassen hat.

Ohne Chance, in eine rechte

Fraktion aufgenommen zu werden, sind die teils neonazistisch orientierten Parteien. Der Status der **Fraktionslosen** hat eine schlechtere finanzielle Ausstattung zur Folge. Auch die parlamentarischen Einflussmöglichkeiten sind eingeschränkt, von den Redezeiten bis zur Vertretung in den Ausschüssen, und doch ist auch diese Gruppe weiter gewachsen, so gehören ihr die NPD, die Partei „die Rechte“, die *Goldene Morgenröte*, *Jobbik*, *Vlaams Belang*, der *Front National* an, die FPÖ um nur einige zu nennen.

Es lässt sich nicht bestreiten, dass in den letzten Jahrzehnten die rechtspopulistischen und extrem Rechten Parteien in Europa einen Zulauf erfahren haben und zunehmend sukzessive die Europapolitik mitbestimmen.

Das sie vergleichsweise (noch) wenig Einfluss im Europaparlament haben, liegt einzig in

der Tatsache, dass sich diese Strömungen nicht unter einer Fraktion wiederfinden können. Wenn dies geschieht, werden sie mehr Gewicht haben ihre anti-europäischen und menschenfeindlichen Positionen auch durchzusetzen.

Jedoch und das zeigt das Beispiel der AfD in Deutschland, sind sie bereits heute in der Lage, öffentliche Diskurse nach rechts zu verschieben, so dass auch in den Wahlkämpfen der etablierten Parteien populistische und nationalistische Töne erklingen.

Rechtspopulismus ist eben sowohl auf der europäischen als auch auf der nationalstaatlichen Ebene keine Alternative, sondern eine Gefahr für eine offene und solidarische Gesellschaft.

<http://www.vsa-verlag.de/nc/buecher/detail/artikel/die-rechten-mut-buerger/>

Nie wieder Auschwitz!

GEGEN RECHTS Bündnisfahrt nach Krakau und Auschwitz findet im Juni statt. Auch die DGB-Jugend beteiligt sich daran.

TEXT: SVEN KLUSMANN | DGB-JUGENDBILDUNGSREFERENT ♦ FOTO: ISTOCK

Vor 70 Jahren wurde das Konzentrationslager Auschwitz von den Alliierten befreit. Anlässlich dieses Jahrestages kommen im Juni hunderte Jugendliche aus der ganzen Welt in Auschwitz und Krakau zusammen, um der vielen Opfer des faschistischen Massenmordes zu gedenken.

Besonders beeindruckend werden für die meisten Teilnehmer_innen die Gespräche mit Überlebenden des Holocausts sein. Wenn sie ihre Lebensgeschichten erzählen, braucht es nicht mehr viel Fantasie, um eine Ahnung davon zu bekommen, wie schrecklich es an Orten

wie Auschwitz vor 70 Jahren gewesen sein muss.

Die Bildungsarbeit in Gedenkstätten steht jedoch vor großen Herausforderungen: In wenigen Jahren wird es keine ZeitzeugInnen mehr geben, die persönlich über ihre Erlebnisse berichten können. Und doch bleibt der biografische Ansatz wichtig, sagt Mirjam Blumenthal in der aktuellen *sol* aktuell, dem Infomagazin der DGB-Jugend. Mirjam organisiert maßgeblich die Bündnisfahrt, an der sich 60 Jugendorganisationen aus Deutschland, Österreich und Israel beteiligen. Sie stellt fest: „Wir können zukünftig nur Bild- und



Textarchive nutzen. Wir müssen es schaffen, diese Erinnerungen auch in Gedenken an die Menschen, die sie erlebt haben, weiterzugeben.“ Der Einsatz von

Medien ermöglicht hierbei eindrückliche Erfahrungen.

Doch die politische Bildungsarbeit darf sich nicht auf Gedenkstätten und Jahrestage

beschränken. „Selbstkritisch müssen wir rechte Tendenzen in unseren eigenen Organisationen suchen, aufdecken und ihnen mutig entgegenzutreten.“, sagt Mirjam. „Das haben wir bei unserer politischen Bildungsarbeit mitzudenken. Schulische, studentische und betriebliche Interessenvertretungen sind ja wichtige Multiplikatoren. Es ist unsere Aufgabe, die Menschen dort zu befähigen, klare Positionen zu formulieren und danach zu handeln.“

Auch aus unserer Region werden Jugendliche an der Gedenkfahrt teilnehmen und ihre Erfahrungen weitergeben können.

Die Begegnung mit dem Fremden

KOMMENTAR Fremde dürfen nicht zur Projektionsfläche für die eigene Unzufriedenheit inszeniert werden

TEXT: DAVID AMRI | DGB NORDOST-NIEDERSACHSEN ♦ FOTO: ISTOCK

Was treibt eigentlich Menschen dazu, gegen die „Islamisierung des Abendlandes“ oder gegen Flüchtlingsunterkünfte zu demonstrieren? Woher kommen ihre Ängste vor Überfremdung, vor dem Islam oder gar dem Verlust der eigenen Kultur? Ein Ansatz zur Erklärung kann sein, dass erst durch die Begegnung mit Fremdheit eine Auseinandersetzung mit dem eigenen Weltbild erfolgt. Die Begegnung mit dem Fremden ist somit immer auch eine Begegnung mit sich selbst.

Vier Formen des Fremderlebens

Ob man nun dem Fremden positiv oder negativ begegnet, ist vor allem abhängig davon, wie stark man bereit ist, sich von Stereotypen zu befreien und sein eigenes Weltbild zu hinterfragen. Dabei lassen sich im



Wesentlichen vier verschiedene Formen ausmachen, wie man dem Fremden begegnen kann:

Erstens: Das Fremde wird als unvereinbarer Gegenpol zu den eigenen Vorstellungen wahrgenommen. Man betrachtet die eigenen Wertvorstellungen als die einzig gültigen, was automatisch ein Gefühl von Unbehagen oder sogar Feindseligkeit produziert.

Zweitens: Man erkennt, dass die fremde Lebensweise für sich selbst nicht in Frage kommt. Dennoch akzeptiert man ihren Eigenwert, ohne die alleinige Gültigkeit der eigenen Vorstellungen zu beanspruchen.

Drittens: Man erkennt eine gewisse Gemeinsamkeit zwischen dem fremden Weltbild und dem eigenen. Dabei ist vor allem der Blick in die Geschichte hilfreich. Die Geschichte der Menschheit insgesamt ist sehr lang. Die unterschiedlichen Nationalitäten, wie wir sie kennen, erscheinen da verhältnismäßig jung. Aus diesem Blickwinkel wiegen die Gemeinsamkeiten mehr als die Unterschiede. Verschiedene Kulturen erscheinen so lediglich als Variationen, die sich in der jüngeren Menschheitsgeschichte herausgebildet haben.

Viertens: Man akzeptiert, dass die eigene Wahrheit nicht unumstößlich ist. Das Fremde

wird als willkommener Anlass genommen, um seine eigene Vorstellung von Kultur zu bereichern und selbst etwas vom anderen dazuzulernen. Eine solche Bereitschaft zur Selbstreflexion und zum Dialog ist die Grundlage für eine starke Willkommenskultur.

In Mitteleuropa steht dem oft eine gewisse Eitelkeit entgegen. Vielerorts dominieren bis heute die Denkmuster aus dem Zeitalter des Kolonialismus. Es fällt schwer, das Fremde als etwas gleichwertiges zu akzeptieren. Die eigenen Wertvorstellungen werden zum weltweiten Maßstab. Innenpolitisch wird unter dem Stichwort der Integration vom Anderen in erster Linie Anpassung erwartet. Die Bereitschaft selbst etwas aus der Begegnung mit dem Fremden zu lernen, scheint oft nicht gegeben. Rechte Gruppierungen nutzen die Gelegenheit, um von

den eigentlichen Problemen abzulenken. Das Fremde wird als Projektionsfläche für die eigene Unzufriedenheit inszeniert.

Willkommenskultur ist Selbstreflektion

Mit einer solchen Herangehensweise lässt man die wertvolle Chance verstreichen, aus der Begegnung mit dem Fremden auch etwas über sich selbst zu lernen. Welche Widersprüche stecken in meiner Lebensweise? Was macht unser Zusammenleben aus? Wo stoße ich an meine Grenzen? Welche Schranken und Stereotypen habe ich in meinem Kopf aufgebaut? Die Bereitschaft sich solche Fragen zu stellen bedeutet, eine andere Sichtweise auf die Dinge zuzulassen.

Der erste Schritt zu einer Willkommenskultur ist demnach die schonungslose Selbstreflektion!

Dublin III muss abgeschafft werden!

MIGRATION Flüchtlinge müssen aktiv geschützt werden.

TEXT: KAI WEBER | FLÜCHTLINGSRAT NIEDERSACHSEN ♦ FOTO: PRIVAT



Das Team vom Flüchtlingsrat in Niedersachsen

Dublin-Kampagne: Wir treten ein:

- Für die freie Wahl des Aufnahmelandes
- Für faire Asylverfahren, gegen Dublin-Abschiebungen
- Für die Freizügigkeit von Flüchtlingen



Kai Weber

Im Zuge der Wirtschaftskrise vor allem der südeuropäischen Länder geraten Flüchtlinge immer stärker in die Mühlen des europäischen Asylsystems: In Ländern wie Italien oder Griechenland leben sie als Obdachlose auf der Straße, in Parks oder Abbruchhäusern. Sie müssen betteln, um ihr Überleben zu sichern, und sind schutzlos gegen Gewalt und rassistische Übergriffe. Andere EU-Staaten – wie Malta, Bulgarien oder Ungarn – inhaftieren und misshandeln neu einreisende

Flüchtlinge. Wer es schafft, den Haftlagern und Elendsquartieren zu entkommen und nach Deutschland weiterzuziehen, muss mit seiner umgehenden Rückschiebung in diese Länder rechnen.

Wer sich der Rückschiebung entzieht, wird zur Fahndung ausgeschrieben und verliert sein Aufenthaltsrecht. Grundlage ist die Dublin-III-Verordnung, die die Zuständigkeit für Asylverfahren in der EU regelt. Immer mehr Flüchtlinge irren verzweifelt zwischen verschiedenen europäischen Ländern hin und her auf der Suche nach einem Ort, an dem sie menschenwürdig leben können.

Das Dublin-System ist unsolidarisch, ungerecht und unmenschlich. Denn die EU hat den Reiseweg eines Flüchtlings zum maßgeblichen Kriterium erhoben: Der Staat ist zuständig, in dem erstmals EU-Territorium betreten wurde. Es gilt: Wer Flüchtlinge in Land lässt, muss am Ende die Verantwort-

ung für die Flüchtlinge übernehmen. Die Folge ist, dass die EU-Staaten ihre Außengrenzen abriegeln und Flüchtlinge brutal abwehren – oftmals unter Einsatz von illegalen Zurückweisungen (Push-Backs).

Als Flüchtlingsrat Niedersachsen treten wir ein für Menschen, die jahrelange Fluchtodysseen hinter sich haben, die nie ankommen durften und immer wieder wie Stückgut zwischen den EU-Staaten hin- und hergeschoben werden. Wir fordern ein Ende der Abschiebungen in Elend und Hoffnungslosigkeit und den Selbsteintritt der Bundesrepublik. Wir wenden uns gegen die europäische Verantwortungslosigkeit der Dublin-III-Verordnung und rufen dazu auf, Flüchtlinge aktiv zu schützen. Für diejenigen, die bereits einen Schutzstatus in einem EU-Land erhalten haben, muss die Freizügigkeit in der gesamten EU gewährleistet werden. Wenn ein Überleben trotz Schutzstatus in einem EU-Staat nicht möglich ist, muss ein Umzug in einen anderen EU-Staat ohne Verlust des Schutzstatus möglich sein.

Appell gegen Dublin III unterschreiben auf: www.wir-treten-ein.de

AfD -

Partei der Ungleichheit

POLITIK Hintergründe einer neoliberalen Partei.

TEXT: ANDREAS KEMPER | PUBLIZIST UND SOZIOLOGE ♦ FOTO: PRIVAT

Die Alternative für Deutschland entstand in der Folge der europäischen Wirtschaftskrise. Sie richtet sich politisch gegen die Griechenland-Politik der Bundesregierung und der großen Industrieverbände und steht den Positionen der Familienunternehmensverbände (Die Familienunternehmen, Stiftung Familienunternehmen) nahe.

Die AfD ist die Partei der sozialen Ungleichheit. Die verschiedenen Strömungen bilden unterschiedliche Klassenfraktionen ab: neoliberale, klerikal-aristokratische und nationalkonservative Positionen. Sie streiten darum, ob die Forderung nach größeren Unterschieden zwischen Armen und Reichen, Frauen und Männern oder AusländerInnen und Deutschen stärker in den Vordergrund gerückt werden sollen.

Die Installateure der AfD („Wirtschaftsprofessoren“: Lucke, Henkel) stehen den neoliberalen Think-Tanks der Familienunternehmensverbände nahe. Sie sind pro-westlich eingestellt und für Freihandelsabkommen wie TTIP. Zudem fordern sie Sozialabbau, Steu-

erleichterungen für Reiche und einen entsprechenden Demokratieumbau. In Zusammenarbeit mit ultrakatholischen Netzwerken arbeiten Nachfahren des Adels (Beatrix von Storch) an einem familienpolitischen Rollback gegen Gleichstellung, Abtreibungsrechte, Homo-Ehe und Sexualaufklärung.

Als dritte Klassenfraktion ist das Kleinbürgertum zu nennen, von dem ein Teil vermeintliche Nationalinteressen über Menschenrechte stellt. Es bildet die Basis für nationalkonservative Forderungen, wie sie sich z.B. in den PEGIDA-Demonstrationen wiederfinden.



Andreas Kemper



Die heilige Kuh des Wirtschaftswachstums

TEXT: DAVID AMRI | DGB NORDOST-NIEDERSACHSEN ♦ FOTO: DILLI DILLMANN

Die Gewerkschaften tun sich, wie auch die meisten politischen Parteien, schwer damit, die Ausrichtung der Wirtschaft auf ein kontinuierliches Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) grundsätzlich in Frage zu stellen. „Ohne Wachstum geht es nicht. Aber es geht nicht jedes Wachstum und es geht nicht Wachstum um jeden Preis“, so die DGB-Position, wie sie der damalige Vorsitzende Michael Sommer im Februar 2013 auf einer Konferenz an der TU Berlin

zum Thema „Wohlstand ohne Wachstum?“ formulierte. „Qualitatives Wachstum“ lautete das von Sommer bemühte Schlagwort, mit dem der Überlastung von Öko- und Klimasystem aus gewerkschaftlicher Perspektive begegnet werden soll.

Abschied vom Wirtschaftswachstum

Vielen Wachstumskritikern wie Niko Paech oder Harald Welzer geht diese Vorstellung nicht weit genug. Sie fordern

von den Industrieländern eine radikale Befreiung vom Wachstumszwang, verbunden mit einer drastischen Arbeitszeitverkürzung. Ist das machbar oder bloß eine gefährliche Utopie, die zu Massenarbeitslosigkeit und Prekarisierung führt? Höchste Zeit, dass sich die Gewerkschaften dieser Frage ernsthaft annehmen. Über den Tellerand zu schauen, bedeutet dabei auch die Bereitschaft, sich das scheinbar Unmögliche vorzustellen.

Wohlstand ohne Wachstum?

WIRTSCHAFT Ein Interview mit Norbert Reuter, der bei ver.di das Ressort Wirtschaftspolitik vertritt

GEFRAGT HAT: DAVID AMRI | DGB NORDOST-NIEDERSACHSEN ♦ FOTO: DAVID AMRI

MAIZEITUNG: Wie lässt sich Kritik am BIP-fokussierten Wirtschaftswachstum mit gewerkschaftlichen Positionen vereinbaren?

Norbert Reuter: Theoretisch ist Wachstum gut für Einkommen und Arbeitsplätze. Tatsächlich haben die Beschäftigten vom Wachstum der letzten Jahre aber nichts gehabt. Profitiert haben nur die Gewinne. Zudem beruhte das Wachstum immer mehr auf – wie ich es nenne – „schlechtem“ Produktivitätsfortschritt: mehr Leistungsdruck, ausufernde Arbeitszeiten, Prekarisierung von Arbeit. Auf dieses Wachstum können Beschäftigte wahrlich verzichten.

MAIZEITUNG: Häufig wird den Wachstumskritikern vorgeworfen, dass ihre Forderungen Arbeitsplatzabbau und prekäre Arbeit bedeuten würden...

Norbert Reuter: Unter Wachstumskritik darf nicht in erster Linie eine Schrumpfung der Wirtschaftsleistung verstanden werden. Es muss um die Inhalte, nicht um Wachstum oder Schrumpfung als Selbstzweck gehen. Nötig ist eine andere, ökologisch nachhaltige Entwicklung. Also etwa mehr ÖPNV und weniger Individualverkehr, mehr Reparatur und weniger Wegwerfproduktion, mehr Passivhäuser und weniger Heizenergie. Wie sich eine solche qualitative Entwicklung dann in der aus vielen

Gründen problematischen Messziffer BIP niederschlägt, kann uns dann egal sein.

MAIZEITUNG: Spielt das Ökologische eine zu geringe Rolle in der Gewerkschaftsarbeit?

Norbert Reuter: Natürlich gehören ökologische Themen nicht zum Kerngeschäft der Gewerkschaften, wie die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Steigerung von Einkommen nicht zum Kerngeschäft von Umweltverbänden gehört. Aber in den Gewerkschaften spielen Fragen von Wohlstand eine immer größere Rolle. Dazu gehört selbstverständlich auch die Frage der Auswirkungen der Produktion auf die Umwelt. Klar ist aber: Der ökologische Umbau darf nicht einseitig zu Lasten derjenigen gehen, die auf Arbeit und Einkommen angewiesen sind.

MAIZEITUNG: Am 8. Oktober 2014 hat sich ver.di in einem Aktionstag gegen die Schließung von Gas- und Kohlekraftwerken eingesetzt. Widerspricht das nicht der gleichzeitigen Forderung nach einem sozial-ökologischen Gesellschaftsumbau?

Norbert Reuter: Abgesehen von der Frage, wie sinnvoll es ist moderne Gas- und verlässliche Kohlekraftwerke zu schließen, kann ver.di natürlich nicht einfach zusehen,



Norbert Reuter

wenn plötzlich Tausende von Arbeitsplätzen gestrichen werden sollen. An diesen Arbeitsplätzen hängt nicht nur das Schicksal einzelner Familien, sondern ganzer Regionen. Der ökologische Umbau ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der nicht einseitig zu Lasten derjenigen gehen darf, die sich z.B. einmal entschlossen haben, in Kraftwerken zu arbeiten. Schließungen müssen immer mit klaren Alternativen für die betroffenen Beschäftigten verbunden sein.

MAIZEITUNG: Ist die Auseinandersetzung mit alternativen Wirtschaftsmodellen bei den Gewerkschaften hinreichend gegeben?

Norbert Reuter: Wenn über-

haupt in diesem Land noch über alternative Wirtschaftsmodelle diskutiert wird, dann sind die Gewerkschaften dabei. In ver.di beschäftigen wir uns derzeit z.B. intensiv mit der Frage der Wirtschaftsdemokratie. Die Debatte ist aber nicht einfach. Die Vorstellungen über Inhalte, Umsetzung und Umsetzbarkeit gehen weit auseinander. Ich plädiere deshalb dafür, Schritt für Schritt vorzugehen – etwa indem man für ein Steuerkonzept kämpft, das endlich die Reichen angemessen an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligt. Hier liegt mit dem „Konzept Steuergerechtigkeit“ von ver.di ein umfassender Vorschlag vor. Wir sehen allerdings auch wie schwierig es ist, für konkrete Alternativen zu mobilisieren.

MAIZEITUNG: Wie könnten die Gewerkschaften bei ihren Mitgliedern und Funktionären den „Blick über den Tellerand“ weiter schärfen?

Norbert Reuter: Aktuell müssen wir weiter auf die zunehmenden Verteilungsprobleme bei Einkommen und Vermögen hinweisen. Ver.di engagiert sich dazu prominent im Bündnis Umfairteilen. Vielen ist aber immer noch nicht klar, dass es so nicht weitergehen kann. Auch bietet die Debatte über zunehmend schlechter werdende Arbeitsbedingungen einen Ansatzpunkt notwendige Reformen ins Gespräch zu bringen. Etwa welche Rolle ein Wiederaufleben von Arbeitszeitverkürzung künftig spielen könnte. An solchen konkreten Punkten müssen wir die Debatte weiter verschärfen.

INFO

Norbert Reuter ist Mitglied des Bundesvorstands der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di im Ressort Wirtschaftspolitik und lehrt Ökonomie an der RWTH Aachen. Von 2011 bis 2013 war er außerdem Mitglied der Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages. Im September 2014 war er als Referent bei der internationalen degrowth-Konferenz in Leipzig eingeladen.

„Die Entwicklung dieses Wirtschaftssystems wurde nicht mehr durch die Frage: Was ist gut für den Menschen? bestimmt, sondern durch die Frage: Was ist gut für das Wachstum des Systems? Die Schärfe dieses Konflikts versuchte man durch die These zu verschleiern, dass alles, was dem Wachstum des Systems (oder auch nur eines einzigen Konzerns) diene, auch das Wohl der Menschen fördere.“

Erich Fromm (Haben oder Sein)

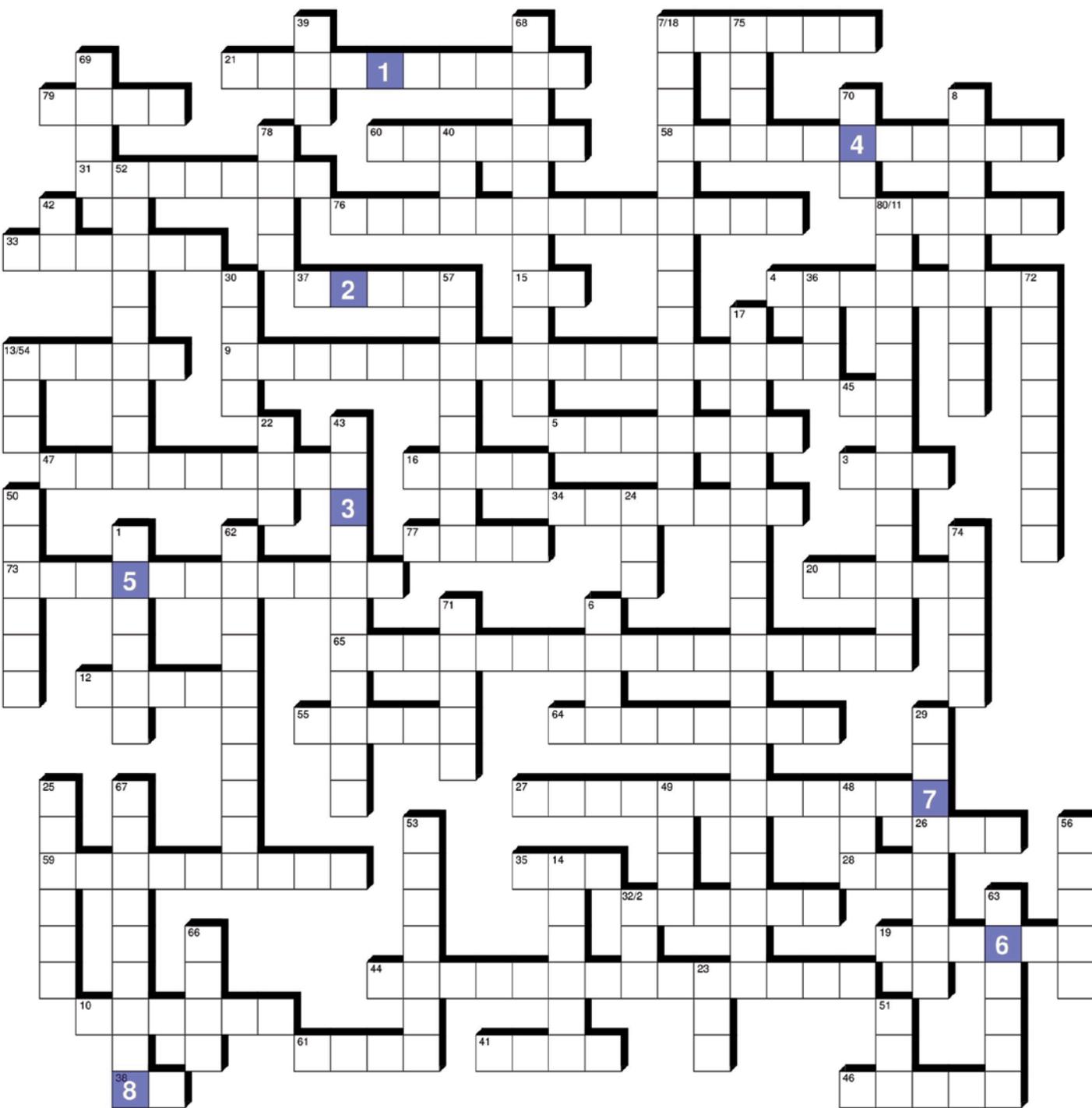
„Diese oder jene Reform vorzuschlagen, ohne das System von Grund auf zu erneuern, ist auf lange Sicht gesehen sinnlos, denn solchen Vorschlägen fehlt die mitreißende Kraft einer starken Motivation. Das >>utopische<< Ziel ist realistischer als der >>Realismus<< unserer heutigen Politiker.“

Erich Fromm (Haben oder Sein)

24 MAIRÄTSEL

Gewinne Geschenkgutscheine, Tagesausflüge und vieles mehr

www.dgb.de



Fragen Mairätzel 2015

1. Mann als Aufsicht bei Veranstaltung
2. Ein Werkzeug
3. Schwer
4. Name von Störtebeckers Schiff (zwei Worte)
5. Russischer Revolutionär (Gegenspieler von Marx)
6. Griechische Käsespezialität
7. Verlagerung staatlicher Aufgaben in den nichtöffentlichen Sektor
8. Gemeinschaft
9. Fachpädagoge
10. Durcheinander
11. Kurz: ausgebildete bewaffnete Truppe
12. Aufstand einer Berufsgruppe 1844
13. Leuchtmittel
14. Nicht Innen, sondern
15. Männlicher franz. Artikel
16. Überbleibsel
17. TTIP, CETA und TISA sind ...
18. Mitgliederzeitung von ver.di
19. Bremer Wahrzeichen
20. Hamburgischer Fußballclub ST...
21. Norm
22. Flüssiges Fett
23. Arbeiterwohlfahrtsverband (Abk.)
24. EDV-Speicher (Abk.)
25. Russisches Dreigespann
26. Abk. Deutscher Gewerkschaftsbund
27. Ostfr. Gebäckspezialität
28. Befestigtes Hafenufer
29. Zuckerbäcker
30. Pastenbehältnis
31. Fluss durch Lüneburg
32. Name des Computers in Kubricks Film 2001
33. Arbeitsniederlegung
34. Rohstoffgewinnung
35. Speisefisch
36. Länderkürzel Ukraine
37. Wappentier von Braunschweig
38. Abk. zum Teil
39. Abk. einer Gewerkschaft IG...
40. Ich (latein.)
41. Musikrichtung
42. Abk. Heilig
43. Jahresonderzahlung
44. Heimat von Dracula
45. KFZ-Zeichen für Braunschweig
46. Norwegische Zahlungsmittel
47. Widerstand
48. Abk. Handwerkskammer
49. Fluss in Ostfriesland
50. Hoheitszeichen
51. Zeitmesser
52. Ehemalige Salzstadt
53. Rede
54. Gartenhäuschen
55. Biersorte aus Norddeutschland
56. Schauspieler Armin ...
57. Ein Sommercafé
58. Genozid
59. Friedensnobelpreisträger
60. Tagesordnung
61. Schlau
62. Neid
63. Beliebtes Heißgetränk
64. Ein berühmter Kommunist (Vor- und Nachname)
65. Mitwirkung von Bürgerinnen bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben
66. Gerech
67. Pleite
68. Festgelegtes kleinstes rechtlich zulässiges Arbeitsentgelt
69. Teil des öffentlichen Nahverkehrs
70. Nordische Unterwelt
71. Erster Reichspräsident
72. Nachname des DGB Bundesvorsitzenden
73. Anwesenheit von freiheitsunterdrückender Herrschaft
74. Spielgerät
75. Verankertes Seezeichen
76. Protestzug
77. Abk: Internationalergewerkschaftsrat Weser-Ems - Nordniederlande IGR...
78. Kreditinstitut
79. Position
80. Einflussmöglichkeit von Arbeitnehmerinnen durch...

Das Lösungswort ergibt sich aus den Buchstaben der farblich hervorgehobenen Kästen:

Lösungswort:

1 2 3 4 5 6 7 8

- 1. Preis:** Essen für 2 Personen im Wert von 100 € im Hotel Bergström in Lüneburg (auch bekannt als Drehort der Serie „Rote Rosen“) (gesponsert von der IG Metall Celle-Lüneburg)
- 2. Preis:** Tagesfahrt für zwei Personen nach Helgoland (gesponsert von der Reederei Cassens Eils)
- 3. Preis:** 2 Eintrittskarten für das Universum Bremen

Die Lösung bitte bis zum **8. Mai 2015** senden an:

DGB Region Oldenburg-Ostfriesland, Kaiserstraße 4 - 6, 26122 Oldenburg,
Fax: 0441.21876-54 - E-Mail: mairael2015@dgb.de

